

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2021



600 Bericht von Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Frederik Kurcz

Weltwirtschaft nach Dämpfer im Sommer wieder auf Erholungskurs



616 Bericht von Marius Clemens, Simon Junker und Laura Pagenhardt

Deutsche Wirtschaft windet sich nur langsam aus der Pandemie

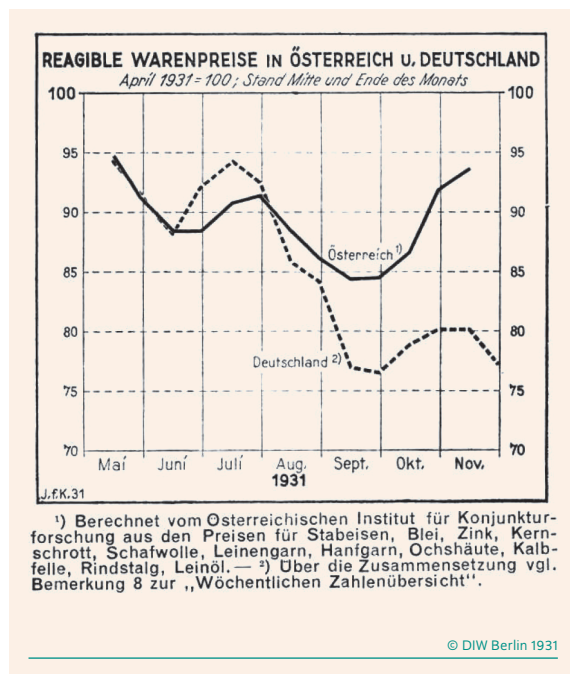
630 Interview mit Simon Junker

631 Anhang Hauptaggregate der Sektoren und VGR-Tabellen

638 Kommentar von Stefan Bach und Sebastian Eichfelder

Steuerprivilegien für Immobilien machen deutsches Steuersystem ungerecht und ineffizient

Die Wirtschaftslage Österreichs



Seit dem Zusammenbruch der Creditanstalt für Handel und Gewerbe im Mai hat sich die Wirtschaftslage Österreichs — zunächst langsam, dann immer rascher — verschlechtert. Die unmittelbaren Folgen des Bank-Krachs konnten zwar mit Hilfe von Auslandskrediten zunächst gemildert werden; die Kündigungen privater Auslandskredite an Handel und Industrie nahmen aber bald zu. Stillhalteabkommen sollten den Geldabfluß eindämmen; sie konnten jedoch nicht verhindern, daß neue Kredite zur Finanzierung des Außenhandels nicht mehr erteilt wurden. Hinzu kam eine beträchtliche Kapitalflucht. Die Gold und Devisenbestände der österreichischen Nationalbank sind seit Beginn des Jahres von rd. 930 Mill. S auf rd. 346 Mill. S Ende November gesunken. Anfang Oktober sah sich die Regierung nach langem Zögern zu strengen Maßnahmen in der Devisenbewirtschaftung gezwungen, ohne daß weitere Devisenverluste und ein großes Disagio der Währung verhindert werden konnten. Seit Ende November wird die Devise „Wien“ nur noch an wenigen Auslandsplätzen offiziell notiert; die Freiverkehrskurse liegen nach Presseangaben um etwa 40 v.H. unter Parität.

Aus dem Wochenbericht Nr. 37 vom 9. Dezember 1931

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 16. September 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten Neuhoß, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß;
Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Sabine Fiedler; Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

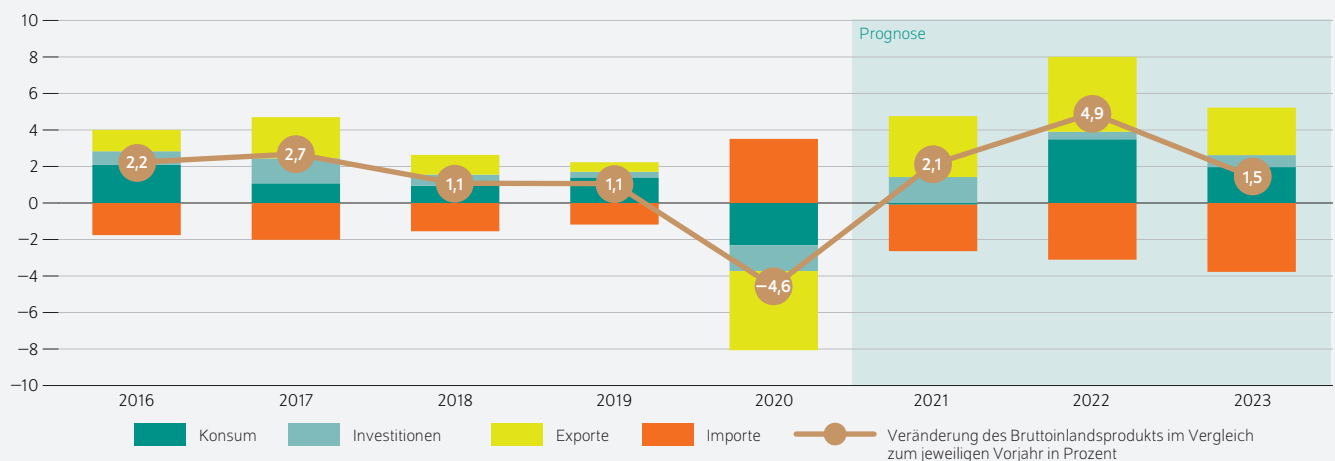
Deutsche Wirtschaft windet sich nur langsam aus der Pandemie

Von Marius Clemens, Simon Junker und Laura Pagenhardt

- Deutsche Wirtschaft wächst nicht so schnell wie erwartet – DIW- KonjunkturforscherInnen gehen dieses Jahr von 2,1 Prozent aus
- Weltwirtschaft brummt. In Deutschland bremst aber Industrie – trotz Nachfragebooms: Wegen weltweiter Lieferengpässe stockt Produktion – auch Export stagniert vorübergehend
- Dienstleister erholen sich nur langsam und dürften im Winter erneuten Dämpfer erfahren – privater Konsum noch nicht auf Vorkrisenniveau
- Wenn sich im kommenden Jahr Lieferengpässe auflösen und die Pandemie überwunden sein wird: Wachstum von 4,9 Prozent erwartet
- Inflation vor allem durch Sondereffekte wie Auslaufen der Mehrwertsteuersenkung und gestiegene Energiepreise erhöht – für 2022 wieder moderate Inflation erwartet

Erst im kommenden Jahr wird sich die deutsche Wirtschaft erholen – vor allem der Konsum belebt sich dann

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Die Impf- und Teststrategie zeigt zwar Wirkung, aber der private Konsum ist längst noch nicht auf Vorkrisenniveau und wird im Winter mit steigenden Inzidenzen erneut gedämpft. Aber immerhin lösen sich dann die Lieferengpässe langsam auf und die heimische Industrie wird wieder in Schwung kommen. Ab Frühjahr rechnen wir mit einer Erholung auf allen Ebenen.“ — Simon Junker —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Simon Junker
www.diw.de/mediathek

Weltwirtschaft nach Dämpfer im Sommer wieder auf Erholungskurs

Von Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Frederik Kurcz

ABSTRACT

Die Pandemie ließ die konjunkturellen Entwicklungen großer Ökonomien zuletzt auseinanderdriften. Einem im zweiten Quartal abklingenden Infektionsgeschehen etwa in Europa oder den USA verbunden mit kräftigen Produktionszuwächsen standen in Schwellenländern harte wirtschaftliche Einschränkungen aufgrund hoher Corona-Fallzahlen gegenüber. Dort entwickelte sich die Wirtschaft zum Teil rückläufig. Global hat sich das Infektionsgeschehen im Spätsommer deutlich entschleunigt. Die Weltwirtschaft dürfte ab dem dritten Quartal wieder auf Erholungskurs kommen. Zwar sind im Winter wieder steigende Infektionsinzidenzen zu erwarten, allerdings werden diese durch einen erhöhten Impfschutz der Bevölkerung zusammen mit punktuell eingesetzten Eindämmungsmaßnahmen die Wirtschaft vermutlich weit weniger belasten als zuvor. Für positive Impulse insbesondere bei den Dienstleistungen sorgen vor allem weiterhin kräftige Zuwächse im privaten Verbrauch, die auch in den kommenden Jahren ein zentraler Wachstumstreiber bleiben dürften. Zwar dämpfen zurzeit Rohstoff- und Inputknappheiten insbesondere das verarbeitende Gewerbe. Die Störungen internationaler Lieferketten und Einschränkungen an wichtigen Standorten für die Vorproduktherstellung dürften sich allerdings im ersten Halbjahr 2022 wieder auflösen. Dies wird wohl zu einigen Aufholeffekten im verarbeitenden Gewerbe führen, was der Weltwirtschaft zusätzlichen Schwung verleihen dürfte. So hält das DIW Berlin für dieses Jahr an seiner Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft von 6,7 Prozent fest. 2022 dürfte die globale Wirtschaftsleistung um 5,2 Prozent zulegen. Vor einem Vierteljahr lag die Erwartung noch um 0,3 Prozentpunkte niedriger. 2023 ist dann mit einem Wachstum von 4,2 Prozent zu rechnen.

Das erhöhte Infektionsgeschehen in Schwellenländern bremste die Weltkonjunktur im Sommer aus. Nach schleppendem Wachstumstempo zu Jahresbeginn schrumpfte die Weltwirtschaft im zweiten Quartal leicht um 0,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. So kontrastierte das abklingende Infektionsgeschehen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit den rasant steigenden Fallzahlen in einigen Schwellenländern. Entsprechend driftete die konjunkturelle Entwicklung der Ländergruppen auseinander (Abbildung 1).

Mit auslaufenden Infektionswellen setzten die fortgeschrittenen Volkswirtschaften ihren Erholungskurs über den Sommer fort. Während des zweiten Quartals wurden Eindämmungsmaßnahmen infolge sinkender Inzidenzen rasch zurückgeführt, was die personennahen Dienstleistungen und den Einzelhandel wiederbelebte. Bei gleichzeitig soliden Entwicklungen des produzierenden Gewerbes verzeichneten die meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften wieder kräftige Zuwächse. Der Euroraum nahm mit einer Wachstumsrate von 2,2 Prozent den Erholungskurs im zweiten Quartal dieses Jahres wieder auf. Die USA behielten mit einem Produktionszuwachs von 1,5 Prozent ihr Expansionstempo bei. Ein außergewöhnlich starkes Wachstum verzeichnete Großbritannien mit 4,8 Prozent, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass bereits bis Mitte Mai alle wesentlichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens rückgängig gemacht wurden. In Japan hingegen belasteten Infektionsschutzmaßnahmen noch weit ins zweite Quartal hinein das Wirtschaftsgeschehen. Entsprechend schleppend wuchs das japanische Bruttoinlandsprodukt mit rund 0,3 Prozent im Vergleich zum ersten Quartal.

In asiatischen und südamerikanischen Schwellenländern dämpfte ein wieder aufflammendes Infektionsgeschehen die Produktion zuletzt merklich. In Indien, dem wohl am stärksten betroffenen Schwellenland, sank die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um rund zehn Prozent aufgrund von nationalen und regionalen Ausgangssperren. Auch in einigen südamerikanischen Ländern war die Binnenwirtschaft pandemiebedingt über den Sommer weitgehend gelähmt. So kam das Wirtschaftswachstum in Brasilien nahezu gänzlich zum Erliegen. In China hingegen gewann

die Erholung im Sommer wieder an Schwung und legte im zweiten Quartal dieses Jahres um 1,3 Prozent zu nach nur 0,4 Prozent im ersten Quartal.

Im dritten Quartal dürfte das globale Wirtschaftswachstum wieder anspringen. Über den Spätsommer sind die Inzidenzen in vielen Schwellenländern erneut gesunken. Schutzmaßnahmen wurden zurückgefahren, was die dortigen Produktionen anschieben dürfte. Trotz zuletzt wieder gestiegener Infektionszahlen in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurden die Schutzmaßnahmen wenn überhaupt nur leicht verschärft, so dass sich der Aufschwung wohl auch im dritten Quartal fortsetzen dürfte – wenngleich mit etwas geringerem Tempo als zuletzt. Die voranschreitende Immunität der Bevölkerung lässt die VerbraucherInnen insgesamt zuversichtlich in die Zukunft blicken. Allerdings dürften in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Unsicherheiten über den weiteren Pandemieverlauf sowie die Eindämmungsstrategien die Stimmung zuletzt etwas eingetrübt haben (Abbildung 2). Entsprechend gaben die Einzelhandelsumsätze wieder etwas nach, während sie im Sommer noch deutliche Zusätze verzeichneten.

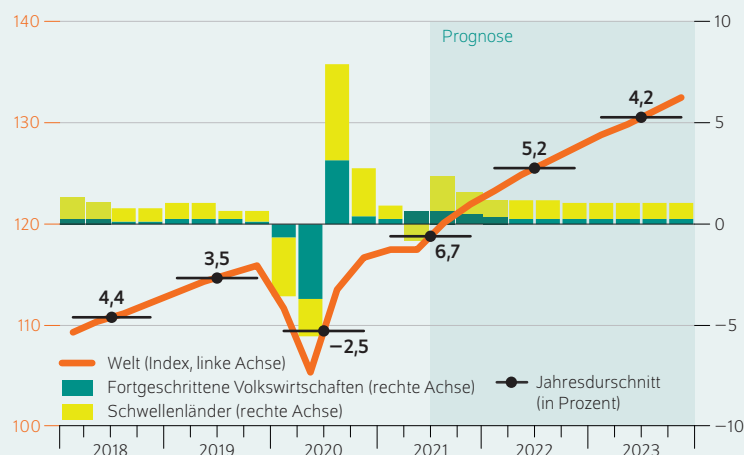
Auch die Zuversicht der UnternehmerInnen nahm im Sommer noch einmal kräftig zu, so dass die Einkaufsmanagerindizes nun deutlich über der Expansionsschwelle von 50 Indexpunkten liegen. Trotz überschwänglicher Stimmung in den Unternehmen verlief die Industrieproduktion vielerorts nur schleppend. Grund dafür sind angebotsseitige Knappheiten (Abbildung 3). So kam es ab dem Frühling zu Störungen bei internationalen Lieferketten und Einschränkungen an wichtigen Standorten für die Vorprodukttherstellung. Obwohl die Auftragslage aufgrund der weltwirtschaftlichen Erholung außerordentlich gut ist, können die Bestellungen wegen des Inputmangels wohl nicht vor dem Frühjahr des kommenden Jahres abgearbeitet werden. Darauf deuten auch die vielerorts leichte Unterauslastung sowie die seit Jahresbeginn steigenden Produzentenpreise hin. Entsprechend schwächer lief der Welthandel im zweiten Quartal. Zwar übertraf das Welthandelsvolumen zu Beginn dieses Jahres deutlich das Vorkrisenniveau, allerdings stagniert es seit April (Abbildung 4).

Ab dem kommenden Winter dürfte die Weltwirtschaft trotz voraussichtlich wieder anziehender Infektionszahlen weiter expandieren, wenngleich auch mit geringerem Tempo als zuletzt. Dabei liegt der Prognose die Annahme zugrunde, dass es insgesamt gelingt, die Pandemie mit Schutzmaßnahmen und den bestehenden Impfstoffen einzudämmen. In den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird das Infektionsgeschehen zum Jahresende zwar wieder ansteigen. Wegen des bereits erreichten und weiter zunehmenden Impfschutzes wird der Anteil der Infizierten mit schweren Verläufen aber deutlich geringer ausfallen. Dies erlaubt Regierungen, höhere Inzidenzen zu tolerieren und gleichzeitig gesundheitspolitisch Maßnahmen umzusetzen, die das öffentliche Leben weit weniger stark einschränken als noch bei vorangegangenen Infektionswellen. Angenommen wird, dass erneute Verschärfungen gesundheitspolitischer

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

Jeweils zum Vorquartal, in Prozent



Nationale statistische Ämter; DIW Herbstgrundlinien 2021.

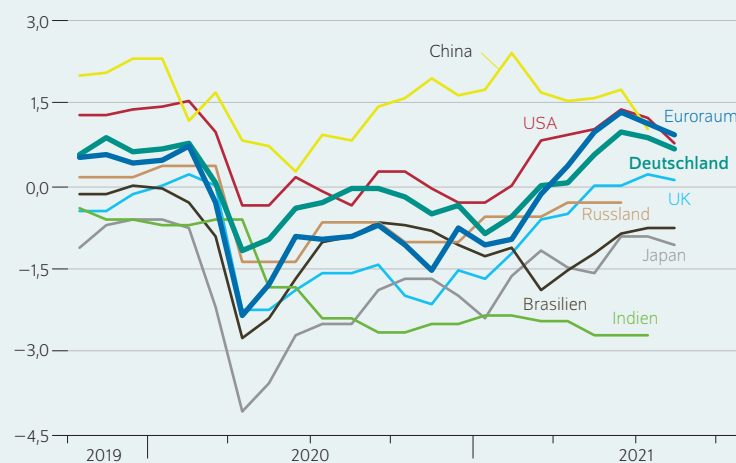
© DIW Berlin 2021

Die Weltwirtschaft dürfte ihren langfristigen Wachstumspfad bis zum Ende des Jahres 2022 erreicht haben.

Abbildung 2

Konsumenten-zuversicht

Indizes (standardisiert)



Quellen: Confidence Board; GfK UK; Japanese Cabinet Office; European Commission; IBRE Brazilian Institute of Economy; China Economic Monitoring and Analysis Center; Russian Federal State Statistics Services; Reserve Bank of India; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Die Stimmung der KonsumentInnen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften trübte sich zuletzt etwas ein.

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Euroraum	-6,5	4,5	4,6	1,9	0,1	2,5	1,8	1,5	7,9	7,7	7,7	7,2
ohne Deutschland	-7,3	5,6	4,4	2,1	-0,1	2,2	1,7	1,4	9,8	9,6	9,6	9,1
Frankreich	-8,0	6,0	4,0	2,3	0,5	2,2	1,9	1,4	8,0	7,8	8,3	7,8
Italien	-8,9	5,5	4,3	2,1	-0,3	1,5	1,6	1,2	9,3	9,7	9,4	9,0
Spanien	-10,8	6,2	5,8	1,9	-0,3	2,5	2,0	1,4	15,8	15,2	14,7	13,9
Niederlande	-3,8	3,8	3,2	2,2	1,2	2,2	2,1	1,6	3,9	3,2	3,7	3,5
Vereinigtes Königreich	-9,8	6,9	5,8	1,7	1,0	2,8	2,5	1,8	4,5	4,8	4,5	4,2
USA	-3,4	6,1	4,3	2,5	1,2	4,2	2,6	1,7	8,1	5,6	4,3	3,8
Japan	-4,7	2,4	2,8	1,9	0,0	-0,4	0,6	1,0	2,8	2,9	2,8	2,7
Südkorea	-0,9	4,1	3,2	3,0	0,7	1,6	1,5	1,2	3,9	4,0	3,7	3,6
Mittel- und Osteuropa	-3,7	5,0	4,1	3,8	3,1	3,9	3,4	3,3	3,7	4,0	3,7	3,4
Türkei	1,6	7,6	3,0	4,3	12,3	16,3	14,2	13,0	13,1	13,4	13,1	13,0
Russland	-2,5	2,2	3,0	2,4	3,4	6,3	5,7	4,4	5,8	5,1	4,9	4,5
China	2,4	8,1	5,4	5,8	2,5	1,8	2,4	2,5	4,0	3,8	3,7	3,7
Indien	-7,0	9,1	9,8	6,4	6,6	5,5	5,0	5,5				
Brasilien	-4,4	5,6	2,1	2,3	3,3	7,1	3,9	3,2	13,5	14,9	13,8	12,6
Mexiko	-8,5	6,1	3,7	3,1	3,4	5,2	3,4	3,0	4,5	3,8	3,4	3,3
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	-4,7	5,3	4,2	2,2	0,8	3,0	2,1	1,5	6,9	5,6	5,0	4,5
Schwellenländer	-1,2	7,5	5,8	5,3	4,1	4,4	4,2	4,1	5,4	5,3	5,1	4,9
Welt	-2,5	6,7	5,2	4,2	2,8	3,8	3,4	3,2	6,0	5,5	5,0	4,8

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Maßnahmen besonders schutzbedürftige Teile der Bevölkerung sowie lokale Corona-Brennpunkte betreffen. Deshalb wird unterstellt, dass das Wirtschaftsgeschehen hauptsächlich durch quarantäne- und krankheitsbedingte Arbeitskräfteausfälle eingeschränkt wird. Es ist davon auszugehen, dass im Verlauf des Frühjahres 2022 die Infektionszahlen im Zuge der voranschreitenden Immunisierung der Bevölkerung sinken. Im Laufe des kommenden Jahres werden bestehende Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens sukzessive zurückgefahren. Hingegen ist in weniger fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit langsameren Erfolgen in der Pandemiebekämpfung zu rechnen. In Ländern mit geringem Impftempo wird wohl weiterhin mit harten Einschränkungen reagiert werden.

Vor allem solide Zuwächse des privaten Verbrauchs dürften den globalen Aufschwung im Prognosezeitraum tragen. Insbesondere in fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürften die privaten Haushalte ihren Konsum trotz steigender Inzidenzen über den Winter aufrechterhalten. Ein höherer Impfschutz und entsprechend verringerte Unsicherheiten mit Blick auf das künftige Pandemiegesehen dürften dem privaten Verbrauch zusätzlich Schwung verleihen und die Sparquoten vielerorts senken. Zudem wird die graduelle Erholung auf den Arbeitsmärkten die Einkommen der privaten Haushalte wohl stützen. So dürften die Arbeitslosenquoten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kontinuierlich zurückgehen, wenn Soforthilfen für Unternehmen,

beispielsweise Kurzarbeitergeld, nicht zu frühzeitig beendet werden. In vielen Schwellenländern, die sich weit weniger finanzpolitische Unterstützung leisten können, wird sich die Lage auf den Arbeitsmärkten wohl nur allmählich verbessern.

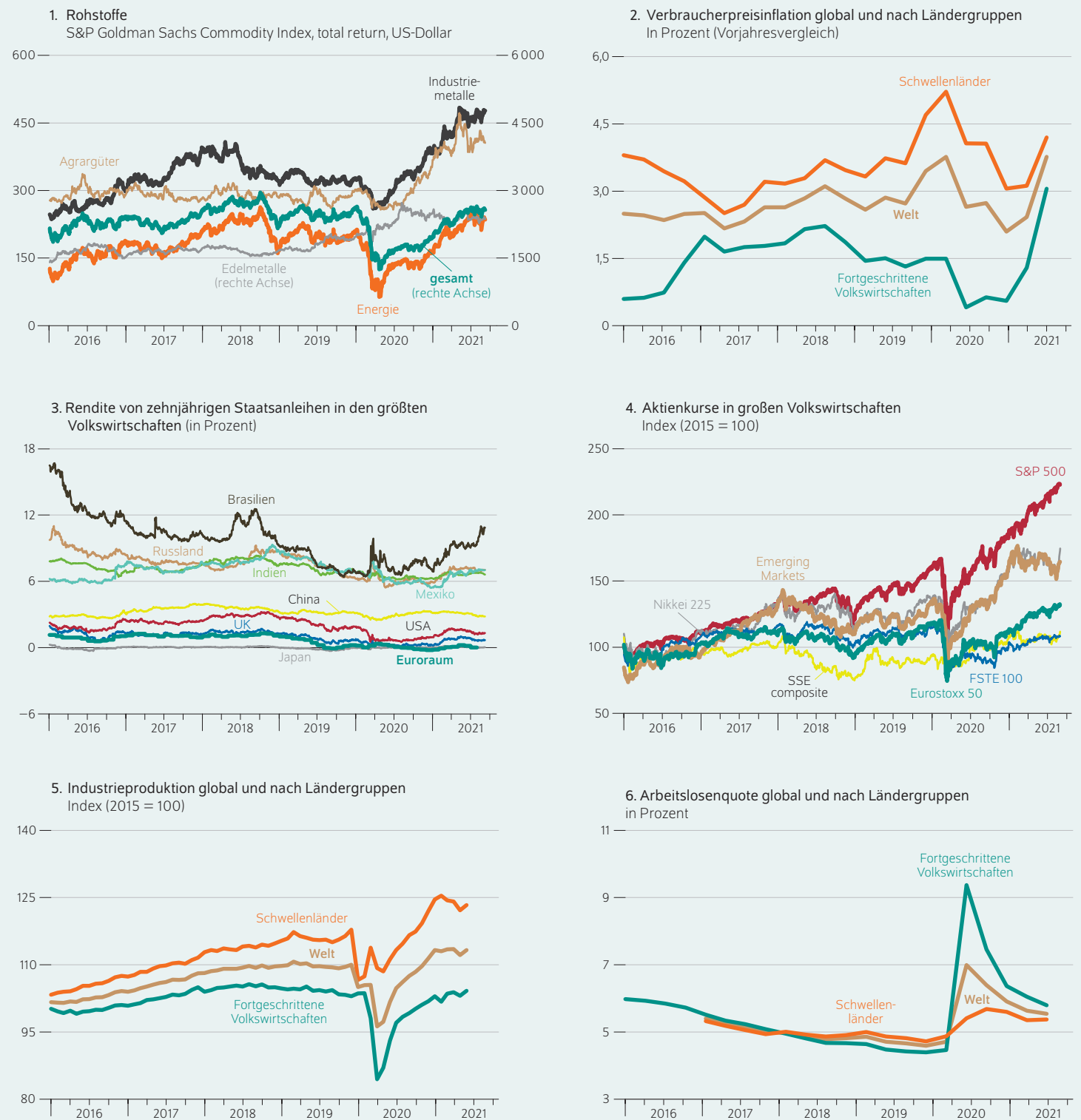
Der Erholung des privaten Verbrauchs wird wohl zu spürbaren Zuwächsen der Einzelhandelsumsätze und der Dienstleistungen führen. Zudem dürften sich die Lieferketten sowie Rohstoffpreise in der ersten Hälfte des kommenden Jahres wieder normalisiert haben. Dies wird wohl zu einigen Aufholeffekten im produzierenden Gewerbe führen (Kasten 1).

Auch dürften weitere finanzpolitische Impulse die Erholung im Prognosezeitraum stützen. Neben den geplanten investiven Maßnahmen in den USA wurden die eingereichten Ausgabenprogramme im Rahmen des Aufbau- und Resilienzfonds vieler europäischer Länder bewilligt. Zwar werden einige geringe Vorabzahlungen bis zum Jahresende fließen. Mit dem Großteil der finanzpolitischen Impulse ist allerdings in den kommenden Jahren zu rechnen.

Neben der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik dürften die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen die Investitionstätigkeit der Unternehmen stimulieren. Zwar haben einige Zentralbanken – etwa in Südkorea – bereits begonnen, ihre Geldpolitik etwas weniger expansiv auszurichten. Aber viele Notenbanken kündigten an, erst ab dem kommenden

Abbildung 3

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld



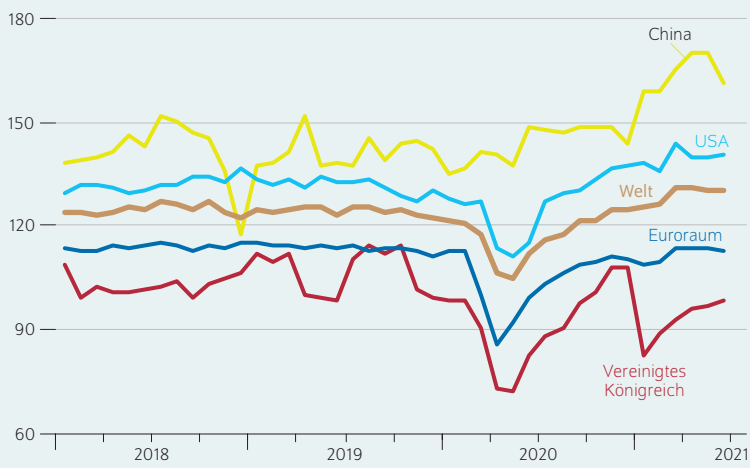
Anmerkung: Letzte Beobachtungen: 7. September 2021 (Abbildungsteil 1); 30. Juni 2021 (Abbildungsteil 2); 6. September 2021 (Abbildungsteil 3); 8. September 2021 (Abbildungsteil 4); 1. Juni 2021 (Abbildungsteil 5); 30. Juni 2021 (Abbildungsteil 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices (Abbildungsteil 1); Deutsche Börse; CBOE (Abbildungsteil 2); EZB; PboC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil (Abbildungsteil 3); Bureau of Labor Statistics (Abbildungsteil 4); CPB; Macrobond (Abbildungsteil 6).

Abbildung 4

Güterimportvolumen weltweit und für ausgewählte Volkswirtschaften

Index



Quelle: CPB.

© DIW Berlin 2021

Pandemiebedingte Knappheiten bei Vorprodukten und Lieferkettenstörungen lassen den Welthandel im Sommer stagnieren.

Jahr mit einem allmählichen Abbau laufender expansiver geldpolitischer Maßnahmen zu beginnen. Über den Sommer legte die Konsumentenpreis-inflation zwar vielerorts weiter zu und dürfte zum Ende des Jahres temporär das Inflationsziel der jeweiligen Notenbank übersteigen.¹ Hinter diesem vorübergehenden Anstieg stehen vor allem wachsende Rohstoff- und Energiepreise sowie Preissteigerungen aufgrund von Lieferengpässen und entsprechenden Störungen internationaler Lieferketten. Ein starker Lohnanstieg,

¹ Vgl. Claus Michelsen et al. (2021): Deutsche Wirtschaft springt an, aber Unwucht im Getriebe: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2021. DIW Wochenbericht Nr. 23+24, 400–410 (online verfügbar, abgerufen am 9. September 2021).

der mittelfristig zu wesentlich höheren Kerninflationen führen könnte, zeichnet sich derzeit noch nicht ab; die Verbesserungen auf den Arbeitsmärkten gehen dafür vielerorts zu langsam voran.

Insgesamt konnten die kräftigen Produktionszuwächse in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften einen Großteil der pandemiebedingten Verluste in Schwellenländern im zweiten Quartal kompensieren. Ab der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die weltwirtschaftliche Erholung mit steigender Immunisierung der Bevölkerung fortsetzen. Ihren langfristigen Wachstumspfad dürfte die globale Produktion damit ab der zweiten Hälfte des nächsten Jahres erreichen. Das verschärfte Infektionsgeschehen in einigen Schwellenländern hat zu größeren Wachstumseinbußen geführt als zuletzt prognostiziert. Unter der Annahme, dass es auch in diesen Ländern gelingt, die Infektionszahlen künftig niedrig zu halten, ergeben sich entsprechend höhere Zuwächse im kommenden Jahr. Insgesamt bestätigt das DIW Berlin seine weltwirtschaftliche Prognose aus dem Sommer für dieses Jahr und hebt die Prognose für nächstes Jahr um 0,3 Prozentpunkte an. So rechnet das DIW Berlin mit Wachstumsraten von 6,7 Prozent für 2021 und 5,2 Prozent sowie 4,2 Prozent in den beiden kommenden Jahren (Tabelle). Die Weltwirtschaft dürfte ihren langfristigen Wachstumspfad bis zum Ende des Jahres 2022 erreicht haben.

Die abwärtsgerichteten Risiken haben sich zuletzt erhöht, da Unwägbarkeiten bezüglich des weiteren Pandemieverlaufs und der Wirksamkeit vorhandener Impfstoffe gegen neue Fluchtmutationen zugenommen haben. Dies würde erneut schärfere Einschränkungen notwendig machen und den Wirtschaftsaufschwung ausbremsen. In der Folge steigt auch das Risiko, dass die Unternehmens- und Privatin solvenzen insbesondere durch erneute (Teil-)Lockdowns stark zunehmen. Dies könnte zu erheblichen Kreditausfällen führen und die Finanzmärkte destabilisieren, was auch die Solvenz etlicher Staaten gefährden kann. Den globalen Aufschwung hingegen stärken würden eine schnellere Verteilung von Impfstoffen und eine effektivere Wirksamkeit von Therapien gegen Covid-19.

USA: Das Wirtschaftswachstum verliert etwas an Schwung

In den Vereinigten Staaten legte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal des laufenden Jahres deutlich um 1,6 Prozent zu gegenüber dem Vorquartal (annualisiert 6,6 Prozent). Damit hat die Wirtschaftsleistung bereits wieder das Niveau von vor dem Ausbruch der Pandemie erreicht. Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen und ein massiver Fiskalstimulus beflügelten den privaten Konsum; insbesondere bei personennahen Dienstleistungen wurden im zweiten Quartal merkliche Zuwächse verbucht. Im Zuge der kräftigen Binnennachfrage legten die Importe etwas stärker zu als die Exporte, so dass sich das Handelsbilanzdefizit erhöhte.

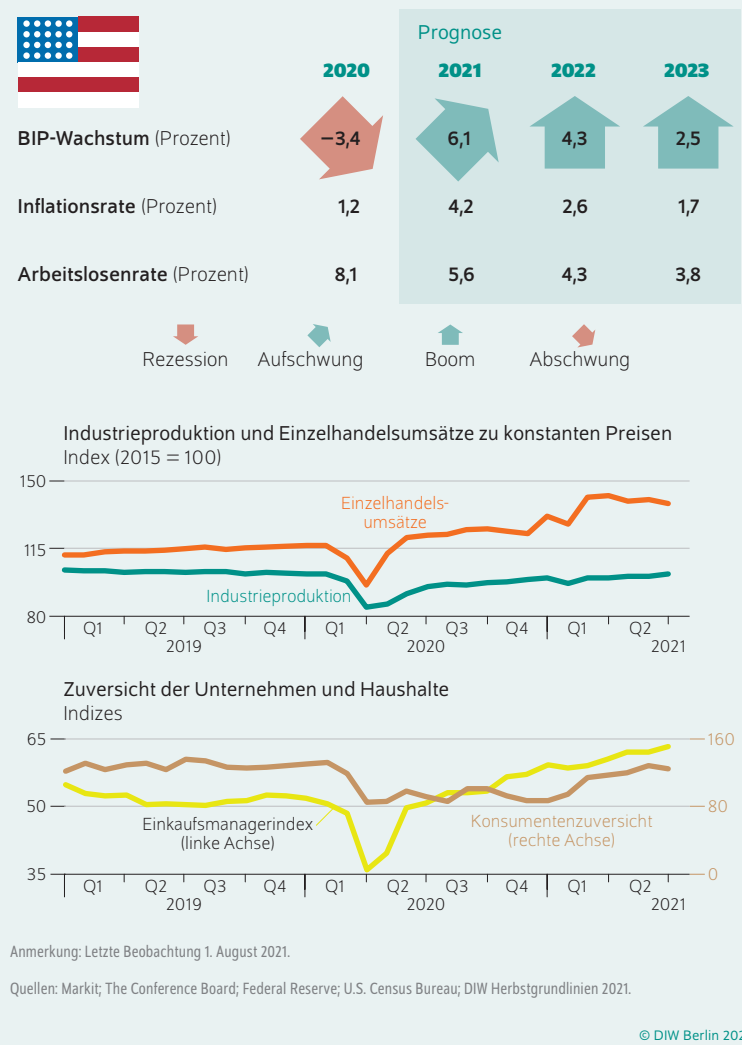
Auch im dritten Quartal dürfte die Wirtschaft ihre Aufwärtsdynamik beibehalten. Die Wachstumsrate wird aber wohl etwas geringer ausfallen als zuletzt. Der Einkaufsmanagerindex lag im August zwar immer noch deutlich oberhalb der Expansionsschwelle von 50 Indexpunkten, hat allerdings die Höchststände vom Frühsommer nicht mehr erreicht. Auch die Stimmungslage der KonsumentInnen war zuletzt weniger optimistisch – wohl vor allem angesichts der rasch zunehmenden Verbreitung der Delta-Mutation. Die Corona-Fallzahlen und die Hospitalisierungsrate sind seit Juli wieder deutlich gestiegen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Impfquote in den USA etwas niedriger ist als in den meisten europäischen Ländern, wobei die Situation in den einzelnen Bundesstaaten unterschiedlich ist. Auch wenn strenge Eindämmungsmaßnahmen wie noch im vergangenen Winter annahmegemäß ausgeschlossen sind, bleibt die wirtschaftliche Erholung etwas gedämpft.

Stimulierend wirken immer noch die im Dezember und März beschlossenen Fiskalpakete im Umfang von rund 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Sie stützen den privaten Konsum – insbesondere über Einmalzahlungen an Haushalte, die vorübergehende Erhöhung und Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung bis September sowie die Erhöhung des Kindergeldes ab Juli. Obwohl die stimulierende Wirkung der Fiskalpakete nun allmählich nachlassen wird – auch weil die großzügigere Arbeitslosenunterstützung nun ausläuft – bleibt die Konsumnachfrage in den kommenden Quartalen wohl der wichtigste Wachstumstreiber der US-Wirtschaft. Im Laufe der Jahre 2022 und 2023 wird sich dann das Wachstum der privaten Konsumausgaben wohl graduell abschwächen. Die Erholung der US-Wirtschaft dürfte auch weiterhin die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Die Arbeitslosenquote lag im August nur noch bei 5,2 Prozent, nachdem sie im vergangenen Dezember bei 6,7 und im April 2020 sogar auf 14,7 Prozent geklettert war.

Die Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet – auch weil die Zentralbank infolge ihrer überarbeiteten geldpolitischen Strategie vorübergehend eine höhere Inflation zulässt (Kasten 2). Im laufenden Jahr wird die Teuerung im Durchschnitt wohl bei etwa vier Prozent liegen. Größtenteils ist dies allerdings auf vorübergehende Faktoren wie Probleme bei internationalen Lieferketten zurückzuführen.

Abbildung 5

USA auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Angesichts einer weiterhin dynamischen Binnennachfrage dürfte die Inflation – auch nach dem allmählichen Abklingen der vorübergehenden Einflüsse – im Jahr 2022 bei etwas mehr als zwei Prozent liegen. So wird die US-Notenbank zum Ende des laufenden Jahres wohl damit beginnen, die Geldpolitik schrittweise weniger expansiv auszurichten. Dabei dürften zunächst die monatlichen Wertpapierankäufe graduell reduziert und gegen Ende des Jahres 2022 erstmalig die Leitzinsen erhöht werden.

Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr wohl um 6,1 Prozent zulegen. Damit fällt das Wachstum voraussichtlich etwas geringer aus als in den Sommergrundlinien erwartet. Die Produktionslücke schließt sich bereits im laufenden Jahr und wird im weiteren Prognosezeitraum positiv sein. In den Jahren 2022 und 2023 dürften die Wachstumsraten bei 4,3 und 2,5 Prozent liegen (Abbildung 5).

Japan: Wirtschaftliche Erholung weiterhin gedämpft

In Japan erholte sich das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2021 moderat um 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, nachdem die Wirtschaft im ersten Quartal angesichts verstärkter Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie noch um 1,1 Prozent geschrumpft war. Besonders die Unternehmensinvestitionen entwickelten sich im zweiten Quartal kräftig, aber auch die Konsumausgaben der Haushalte legten mit einer soliden Rate zu. Das merkliche Wachstum der Binnennachfrage führte zu deutlich höheren Importen, die stärker zunahmen als die Exporte.

Im zweiten Halbjahr dürfte sich das Wachstum nur geringfügig beschleunigen. Die Verbreitung der Delta-Variante dämpft wohl die weitere wirtschaftliche Entwicklung etwas stärker als in anderen entwickelten Volkswirtschaften. Im Juli und August haben die Corona-Fallzahlen und die Belegung der Intensivstationen erneut deutlich zugenommen.

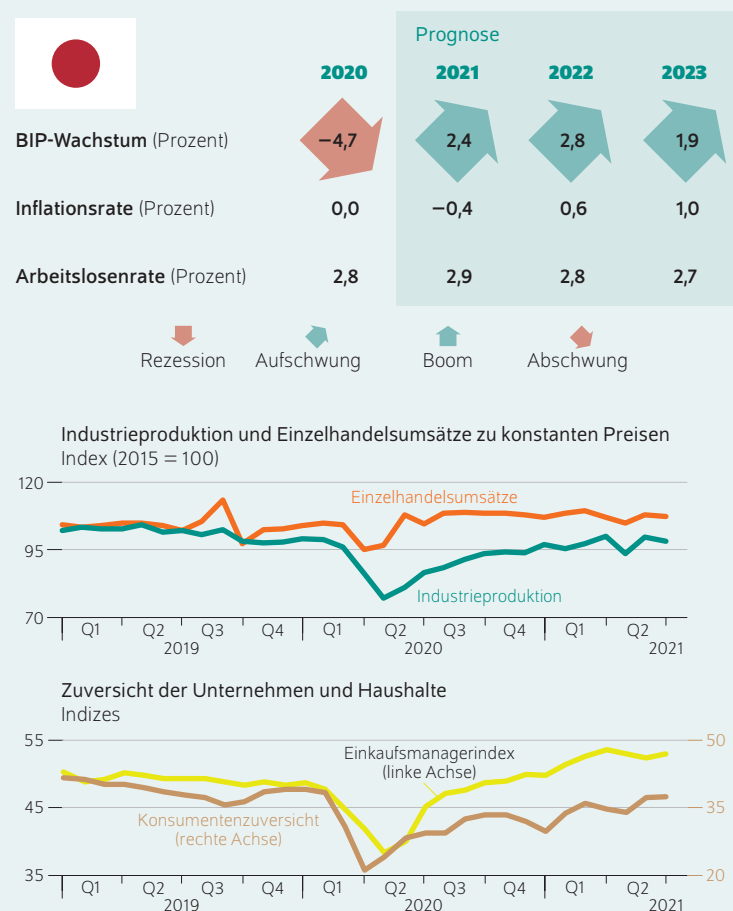
In einigen Regionen – darunter auch in der Hauptstadtregion Tokio – wurden die Eindämmungsmaßnahmen wieder verschärft. So wurden die Menschen aufgefordert, zu Hause zu bleiben und wenn möglich auf Homeoffice umzustellen. Die Stimmungslage der Unternehmen und das Konsumentenvertrauen hatten sich im Frühsommer ein wenig verbessert, dürften sich aber zum Herbst wieder eintrüben. Gestützt wird die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin von der merklich wachsenden Auslandsnachfrage, auch wenn die Wachstumsraten der Exporte aufgrund von Problemen bei internationalen Lieferketten etwas niedriger ausfallen dürften als im ersten Halbjahr 2021. Von den Olympischen Spielen von Ende Juli bis Anfang August ist wohl kein spürbarer wirtschaftlicher Impuls ausgegangen; pandemiebedingt waren kaum ausländische Gäste angereist.

Die expansive Finanz- und Geldpolitik wird den moderaten Erholungsprozess der japanischen Wirtschaft weiterhin stützen. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen bleiben günstig und dürften Investitionen tragen. Weitere Impulse gehen zudem von dem im vergangenen Winter beschlossenen finanzpolitischen Stimulierungspaket aus, das Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung sowie der Förderung „grüner“ Energiequellen beinhaltet. Nicht nur die zusätzlichen finanzpolitischen Maßnahmen, sondern auch die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt dürften den Konsum der privaten Haushalte stützen. Trotz des Wirtschaftseinbruchs hat sich die Arbeitslosenquote seit dem Ausbruch der Pandemie nur wenig erhöht; im Juli 2021 lag sie nur noch bei 2,8 Prozent, nachdem sie von 2,2 Ende 2019 auf etwas mehr als drei Prozent im Oktober 2020 gestiegen war. Dabei haben vor allem das staatliche Kurzarbeiterprogramm und die Zurückhaltung japanischer Unternehmen bei Entlassungen wohl eine noch stärkere Zunahme verhindert. Die Lohnentwicklung verläuft allerdings schleppend – auch darum herrscht in Japan kein Inflationsdruck. Das Zwei-Prozent-Inflationsziel der japanischen Notenbank wird im Prognosezeitraum wohl trotz der nach wie vor expansiven Geldpolitik nicht erreicht werden.

Grundlegende wirtschaftspolitische Änderungen sind trotz des ungewissen Ausgangs der im Herbst anstehenden Parlamentswahlen nicht zu erwarten.² Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Jahr wohl um 2,4 Prozent zulegen und damit das Vorkrisenniveau zum Ende des Jahres wieder erreichen. In den Jahren 2022 und 2023 werden die Wachstumsraten wohl bei 2,8 und 1,9 Prozent liegen. So dürfte die japanische Wirtschaft zum Ende des Jahres 2022 ihren langfristigen Wachstumspfad wieder erreichen (Abbildung 6).

Abbildung 6

Japan auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 1. August 2021.

Quellen: Markit; The Conference Board; Japanese Ministry of Economy, Trade and Industry; DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

² Anfang September hat der japanische Ministerpräsident Yoshihide Suga seinen Rücktritt erklärt. Seine Beliebtheit hatte sich insbesondere wegen des von vielen Menschen als ungenügend empfundenen Pandemiemanagements verschlechtert. Der Ausgang der japanischen Parlamentswahlen, die bis November abgehalten werden müssen, ist somit ungewiss, auch wenn sich unabhängig vom Wahlausgang in der Wirtschaftspolitik keine grundlegenden Änderungen andeuten.

Chinesischer Aufschwung verliert an Tempo

Chinas Wirtschaft wuchs im zweiten Quartal mit 1,3 Prozent wieder etwas kräftiger als noch zu Jahresbeginn. Insgesamt hat sich der Erholungsprozess in der ersten Jahreshälfte aber verlangsamt. Die Produktionszuwächse im vergangenen Quartal wurden vor allem von der Binnennachfrage getragen. Der Außenhandel hingegen verlief schwächer als noch zu Jahresbeginn.

Hohe Rohstoffpreise, ein schleppend laufender Bausektor und das erneute Aufflammen von Corona-Infektionen dürften den chinesischen Wirtschaftsaufschwung in der zweiten Jahreshälfte bremsen. Mit einer Rate von 6,4 Prozent im Juli schwächte sich das Plus bei der Industrieproduktion nochmals ab. Auch die Zuversicht der UnternehmerInnen trübte sich zuletzt merklich ein. So fiel der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe im August auf 49 Indexpunkte und liegt damit leicht unter der Expansionsschwelle von 50. Vor allem die global stark gestiegenen Rohstoffpreise und die entsprechend zunehmenden Produzentenpreise belasten das verarbeitende Gewerbe.

Auch die Dienstleistungen entwickelten sich zuletzt schwach. So legten die Einzelhandelsumsätze von Konsumgütern um rund 7,5 Prozent im Juli zu und wuchsen damit um knapp drei Prozentpunkte weniger als noch im Juni. Vor allem das wieder aufflammende Infektionsgeschehen im Frühsommer und die daraufhin eingetübte Stimmung der KonsumentInnen dürften die Dienstleistungen weiterhin belasten. Zwar gelang es der chinesischen Regierung durch eine energische Impfkampagne, den Rückstand bei den Impfzahlen im Vergleich zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften innerhalb von wenigen Monaten aufzuholen. Mit dem Anstieg der Infektionen, die auch die Delta-Mutante umfassen, wurden dennoch strikte Quarantänen, lokale Ausgangssperren und stringendere Beschränkung des Reiseverkehrs verordnet. Darunter haben insbesondere die chinesischen Waren- aus- und -einführen kurzfristig gelitten. So wurden wegen lokaler Corona-Ausbrüche einige wichtige Container-Häfen über den Sommer teilweise oder gänzlich geschlossen.

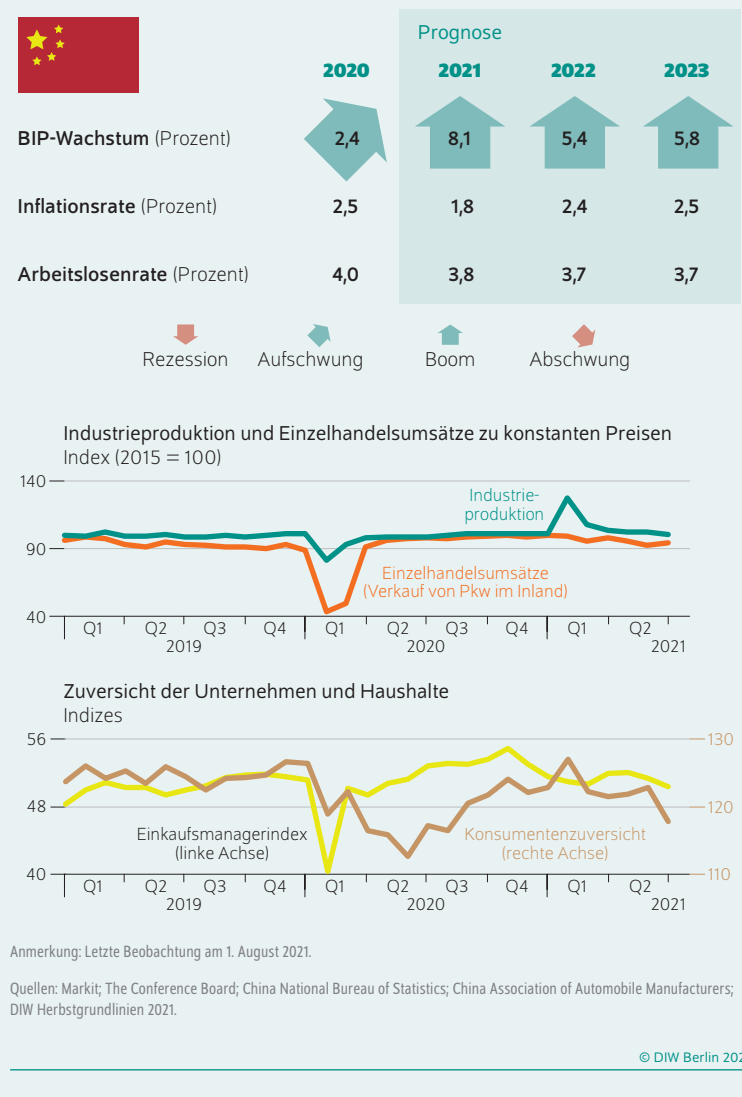
Insgesamt dürfte die chinesische Wirtschaft ihren Aufschwung fortsetzen, wenngleich mit vermindertem Tempo. Mit einer fortschreitenden Immunität der Bevölkerung werden sich die wirtschaftlichen Einschränkungen wieder verringern, was den Binnen- und den Außenhandel beleben dürfte. Die stabile Auslandsnachfrage wird wohl insbesondere die Industrieproduktion stützen.

Zudem dürften die weiterhin expansiv ausgerichtete Geld- und Finanzpolitik zum chinesischen Wirtschaftswachstum beitragen. Dabei ist vor allem von finanzpolitischen Maßnahmen auszugehen. So sollen lokale Sonderanleihen³ im

³ Langfristige kommunale Sonderanleihen wurden von der chinesischen Regierung im Jahr 2015 eingeführt um Infrastruktur- und Wohlfahrtsprojekte außerbudgetär zu finanzieren. Die Zinsen für die Schuldverschreibung sind durch Einnahmen aus den finanzierten Projekten zu begleichen, im Gegensatz zu allgemeinen Anleihen, die aus Steuereinnahmen zurückgezahlt werden können. Die Gründe für die Emission von Spezialanleihen wurden im Zuge der Coronakrise ausgeweitet und umfassen nun auch Konjunktur-

Abbildung 7

China auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Umfang von 3,65 Billionen Yuan (480 Milliarden Euro) für staatlich geförderte Infrastrukturprojekte verwendet werden und die Binnenwirtschaft ankurbeln. Ein Risiko für die chinesische Wirtschaft bleiben aber die hohen Schulden im Unternehmenssektor.

Alles in allem dürfte das chinesische Wirtschaftswachstum in diesem und im nächsten Jahr etwas geringer ausfallen als noch in der Sommerprognose erwartet. Die Produktion hat bereits Ende vergangenen Jahres das Vorkrisenniveau wieder erreicht und wird im Laufe dieses Jahres den langfristigen Wachstumspfad übertreffen. So wird das Bruttoinlandsprodukt der Volksrepublik in diesem Jahr um 8,1, im kommenden um 5,4 und 2023 um 5,8 Prozent zulegen (Abbildung 7).

helfen. Im Jahr 2020 wurden rund Sonderanleihen im Umfang von 3,6 Billionen Yuan emittiert, rund vier Prozent der Wirtschaftsleistung Chinas im Jahr 2019 und rund eine Billion Yuan mehr als im Jahr 2019.

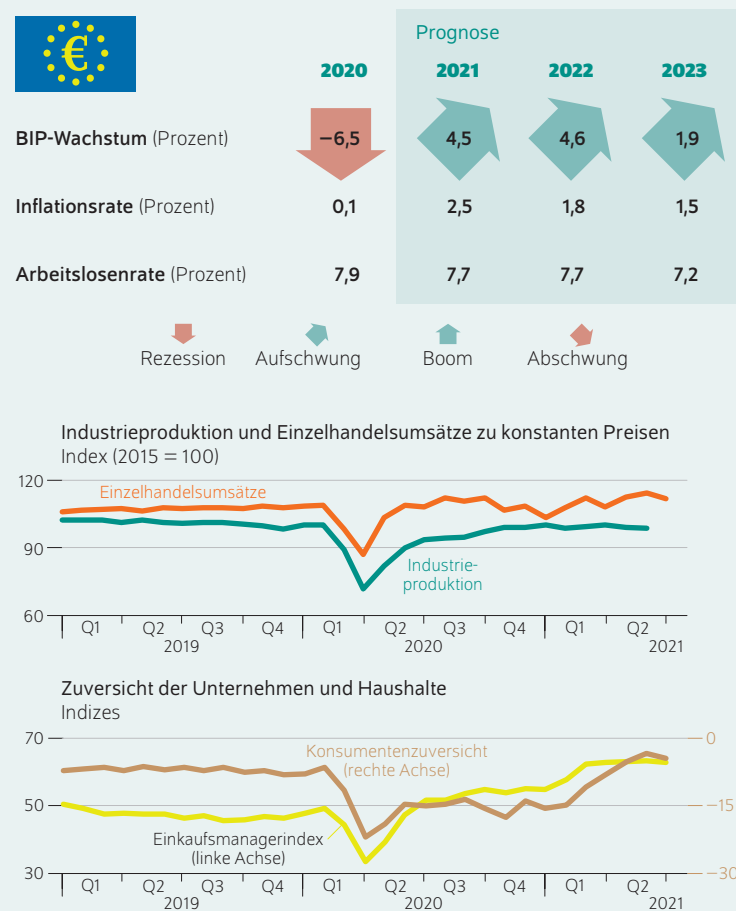
Wirtschaft im Euroraum wieder auf Erholungskurs

Im Sommer setzte im Euroraum dank umfassender Lockungsmaßnahmen eine erneute wirtschaftliche Erholung ein. Im zweiten Quartal wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 2,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Zuvor war die Produktion im Winter und Frühling bedingt durch die zweite und dritte Coronawelle jeweils zurückgegangen. Dabei waren die wirtschaftlichen Verluste geringer als erwartet. So wurde die Wachstumsrate des ersten Quartals 2021 von –0,6 Prozentpunkte auf –0,3 Prozent nach oben revidiert. Das Wachstum im zweiten Quartal wurde erwartungsgemäß vom privaten Konsum der Haushalte getragen, mit spürbaren Zuwächsen insbesondere im von der Pandemie zuvor schwer getroffenen Dienstleistungssektor. Die Investitionen wie auch der Außenhandel lieferten dagegen keine starken Wachstumsbeiträge.

Weiterhin äußerst zuversichtliche MarktteilnehmerInnen im Euroraum lassen im laufenden Quartal eine Fortsetzung des kräftigen Aufschwungs mit etwas geringerem Tempo erwarten. Hierfür spricht, dass über den Sommer die Stimmungskindikatoren sowohl der KonsumentenInnen als auch der Einkaufsmanager auf Höchstwerte kletterten, ab Juli allerdings etwas nachgaben (Abbildung 8). Der Einzelhandel holte im Zuge der Lockerungen von Eindämmungsmaßnahmen stark auf, schwächte sich zuletzt aber ab. Umfragebasierte Indikatoren zeigen eine überschwängliche Stimmung im verarbeitenden Gewerbe mit gefüllten Auftragsbüchern und Rekordwerten im Einkaufsmanagerindex. Die seit Dezember stagnierende Produktion deutet somit auf angebotsseitige Friktionen hin, wie die rasant steigenden Produzentenpreise in Verbindung mit einer moderaten Kapazitätsauslastung nahelegen (Abbildung 9). Ursächlich dürften vor allem die gestiegenen Rohstoffpreise zusammen mit der branchenübergreifenden Materialknappheit sein.⁴ Vor allem temporäre Faktoren dürften die angebotsseitigen Friktionen bestimmen, worauf auch die zum Teil wieder sinkenden Rohstoffpreise hindeuten.

Abbildung 8

Euroraum auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 1. August.

Quellen: Markt; Eurostat; Europäische Kommission; DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Steigende Inzidenzen dürften die wirtschaftliche Erholung im zweiten Halbjahr bremsen. Die ansteckendere Delta-Variante ließ in einigen Mitgliedstaaten der Währungsunion die Sieben-Tages-Inzidenz zuletzt wieder steigen, wobei die Hospitalisierungsraten bislang auf niedrigeren Niveaus als bei vergleichbaren Infektionszahlen in der Vergangenheit verblieben.⁵ So wird in dieser Prognose unterstellt, dass es aufgrund des Impffortschritts nicht zu flächendeckenden Lockdowns im Herbst und Winter kommen wird, wobei im Winter trotz Impfung mit steigenden Quarantäne- und Krankheitsfällen zu rechnen ist. Der Aufschwung im Euroraum dürfte sich daher fortsetzen, wird jedoch etwas an Fahrt verlieren. So wird der private Konsum im zweiten Halbjahr im Vergleich zum Sommer wohl spürbar schleppender laufen. Aufgrund der starken Erholung im Sommer wird die Prognose für das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum 2021 zum zweiten Mal in Folge leicht auf 4,5 Prozent angehoben.

Angesichts steigender Immunität der Bevölkerung und der weiterhin stark expansiv ausgerichteten Wirtschaftspolitik wird die Konjunktur im Euroraum ihren Erholungskurs auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Mit dem Abklingen des Infektionsgeschehens und wieder funktionierenden Lieferketten dürfte die Industrieproduktion nach der Stagnation in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres wieder einen Wachstumskurs einschlagen (Abbildung 9). Zusammen mit einem weitgehend einschränkungsfreien öffentlichen Leben und Tourismus im kommenden Jahr, einem graduellen Abbau der hohen Sparbestände der Haushalte und einer kräftigen Auslandsnachfrage ist mit einem anhaltenden Erstarben des Euroraums im Jahr 2022 zu rechnen. Das Vorkrisenniveau vom vierten Quartal 2019 wird wohl

⁴ Vgl. Claus Michelsen et al. (2021): Deutsche Wirtschaft springt an, aber Unwucht im Getriebe: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2021. DIW Wochenbericht Nr. 23+24, 400–410 (online verfügbar, abgerufen am 9. September 2021).

⁵ ECDC via Our World in Data (online verfügbar, abgerufen am 9. September 2021).

bereits im ersten Quartal 2022 erreicht. Damit dürfte sich die Produktionslücke im Laufe des Jahres 2023 schließen.

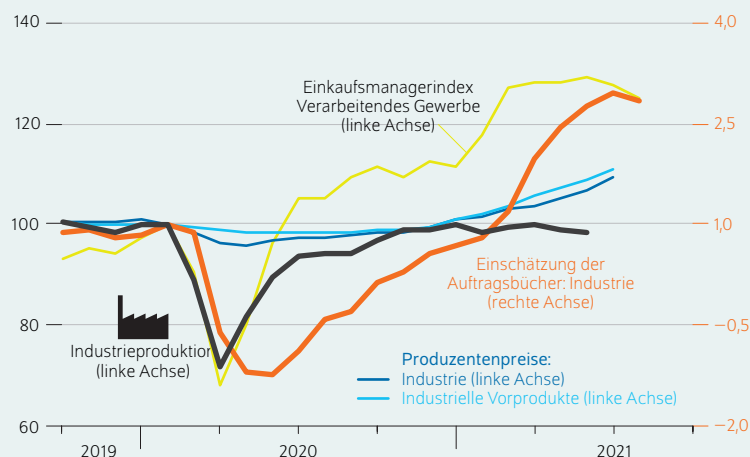
Der Konsum der privaten Haushalte dürfte weiter in Schwung kommen und die Wirtschaftsaktivität in der Währungsunion mit etwas verringerten Raten vorantreiben. Verglichen zum vergangenen Herbst und Winter dürfte der Konsum dank des Impffortschritts weniger in Mitleidenschaft gezogen werden. Unterstützt wird die Haushaltsnachfrage von einer soliden Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie durch die weiterhin laufenden Kurzarbeiterprogramme. So lag die Arbeitslosenquote im Juli nur 0,1 Prozentpunkte über Vorkrisenniveau. Des Weiteren ist das Lohnwachstum im Euroraum im ersten Quartal zu seinem langfristigen Trend von knapp unter zwei Prozent im Vorjahresvergleich zurückgekehrt und zeigte sich damit robust gegenüber der Rezession vom vergangenen Winter bis zu diesem Sommer.

Die binnenwirtschaftliche Aktivität, insbesondere die Unternehmensinvestitionen, dürfte darüber hinaus durch die expansive Finanzpolitik der EU als auch der nationalen Regierungen einen spürbaren Impuls erfahren. Die eingereichten Anträge auf Mittel aus dem Wiederaufbaufonds wurden nun für viele Euroraumländer bewilligt. Bis zum Jahresende dürften deshalb die ersten Tranchen von insgesamt rund 13 Prozent der 750 Milliarden Euro aus dem EU-Wiederaufbaufonds ausgezahlt werden. Obwohl der Umfang des Fonds mit fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Euroraumes substanziell ausfällt, wird der Großteil der Auszahlungen wohl in die Jahre 2022 bis 2025 fallen, weshalb ein bedeutender Impuls eher mittelfristig zu erwarten ist. Finanzpolitische Unterstützung in der kurzen Frist kommt nach wie vor von den nationalen Regierungen, die Teile ihrer Maßnahmenpakete zur Unterstützung von Arbeitnehmern verlängerten, insbesondere Kündigungsverbote und Kurzarbeitsangebote.⁶

Die Geldpolitik der EZB unterstützt den Aufschwung unverändert mit historisch günstigen Finanzierungsbedingungen. Neben dem Hauptrefinanzierungssatz von null Prozent, der bis zum Prognosehorizont Ende 2023 vermutlich nicht anziehen wird, sorgt das Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) neben weiteren Kaufprogrammen von Finanzprodukten für günstige Kredite und einer anhaltenden Entspannung an den Finanzmärkten. Es wird davon ausgegangen, dass die EZB ihre Anleiheankäufe über PEPP frühestens im März 2022 beendet. Zwar stieg die Konsumentenpreis-inflation über den Sommer deutlich an und lag im August Schätzungen zufolge bei rund drei Prozent. Jedoch sind die Preissteigerungen bislang nicht von der Kerninflation (ohne Energie und Lebensmittelpreise) untermauert, die im laufenden Jahr im Mittel ein Prozent erreicht. Der Auftrieb in den Verbraucherpreisen dürfte mittelfristig nicht anhalten, sondern lässt sich auf Basiseffekte im Preisniveau und temporär hohe Rohstoffpreise zurückführen. So ist mit einer

Abbildung 9

Stagnierende Industrie im Euroraum Index (Februar 2020 = 100)



Quelle: Eurostat, IHS Markit und eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Die stagnierende Industrieproduktion im Euroraum lässt sich auf angebotsseitige Faktoren zurückführen, wie stark steigende Produzentenpreise nahelegen.

Inflationsrate von 2,5 Prozent im Jahr 2021, 1,8 Prozent im Jahr 2022 und 1,5 Prozent im Jahr 2023 zu rechnen. Auch unter der jüngst angepassten Zielformulierung (Kasten 2) dürften die Verbraucherpreise in der Währungsunion der EZB daher wenig Anlass geben, von ihrem aktuellen Kurs abzurücken.

Insgesamt wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum von 4,5 Prozent bei einer Verbraucherpreis-inflation von 2,5 Prozent in diesem Jahr prognostiziert. Es ist zu erwarten, dass sich der Aufschwung 2022 weiterhin deutlich mit einem Plus von 4,6 Prozent fortsetzt und das Vorkrisenniveau erreichen. Ab 2023 dürfte mit einer Erholung von 1,9 Prozent wieder ein langfristiger Wachstumspfad eingeschlagen werden.

⁶ So haben beispielsweise die Niederlande und Italien Lohngarantien zum wiederholten Mal verlängert und unter anderem Österreich und Frankreich ihre Kurzarbeitsprogramme bis Mitte 2022 beziehungsweise Ende September 2021 verlängert.

Kasten 1

Störungen internationaler Lieferketten belasten das verarbeitende Gewerbe

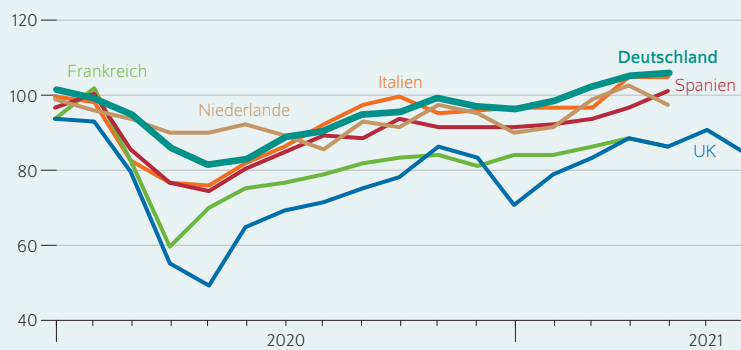
Nachdem der Pandemieausbruch im Frühjahr 2020 die Weltwirtschaft in Atem hielt, erholte sich das verarbeitende Gewerbe rasch und die Produktion erlangte vielerorts bereits zum Ende des vergangenen Jahres ihr Vorkrisenniveau. Zudem zeigte sich das verarbeitende Gewerbe resilient gegenüber weiteren Infektionswellen. Doch der industrielle Aufschwung ist ins Stocken geraten. Die Produktion der verarbeitenden Industrie stagniert weltweit

seit dem Frühjahr dieses Jahres. Dies scheint kein Problem einer geringen Nachfrage zu sein. Im Gegenteil, die Stimmung der UnternehmerInnen ist überschwänglich und die Auftragsbücher sind prall gefüllt. Friktionen bestehen auf der Angebotsseite: Neue Materialien- und Vorprodukte kommen nicht an (Abbildung 1), Lagerbestände sind bereits aufgebraucht. Daher sind die Inputs zu knapp, um bestehende Aufträge abzarbeiten.

Abbildung 1

Reale Importe von Vorprodukten ausgewählter europäischer Länder

Index (2019 = 100)



Quellen: Eurostat; National Office of Statistics; eigene Berechnungen.

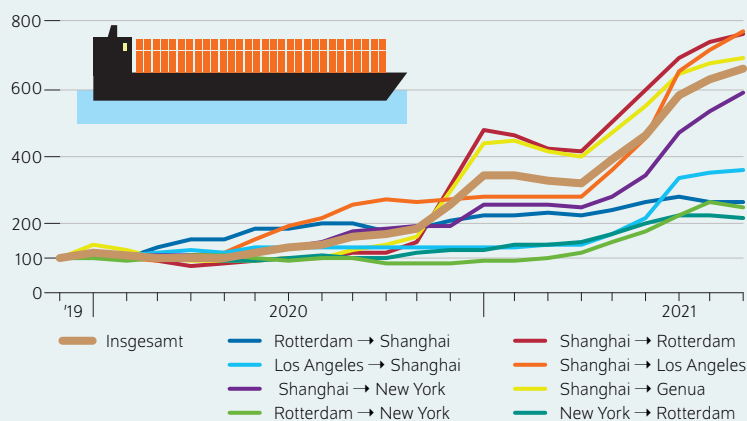
© DIW Berlin 2021

Nach kräftigen Zuwächsen im vergangenen Jahr stagnieren die Importe an Vorprodukten in Europa seit Jahresbeginn.

Abbildung 2

Container-Frachtraten insgesamt und für ausgewählte Routen

Index (Dezember 2019 = 100)



Quellen: Bloomberg; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Seit Jahresbeginn steigen Containerfrachtraten ausgehend von China deutlich.

Die Gründe sind vielfältig und nicht ausschließlich der Pandemie zuzuschreiben. Neben coronabedingten (Teil-)Schließungen wichtiger Produktionsstätten von Vorprodukten und Mineralien war die Marktlage für einige Rohstoffe und Produkte bereits vor der Pandemie angespannt. Beispielsweise musste die Computerchip-Industrie mit der beginnenden Umstellung auf die 5G-Technologie bereits vor dem Jahr 2020 auf eine deutlich gesteigerte Nachfrage reagieren. Der mit der Pandemie entstandene Mehrbedarf an Arbeits- und Unterhaltungselektronik kompensierte die Nachfrageeinbußen nach Computerchips von anderen Branchen. Mit der wetterbedingten Schließung großer Fabriken in Texas und dem Brand einer großen japanischen Produktionsstätte in diesem Frühjahr kam es zu merklichen angebotsseitigen Knappheiten vor allem für Branchen, die keine Arbeits- und Unterhaltungselektronik umfassen und Vorbestellungen im vergangenen Jahr entsprechend der pandemiebedingten Nachfrageeinbußen storniert hatten.

Temporäre Lieferengpässe sind auch eine Folge von Transportstörungen bei der Schifffahrt und nicht nur pandemiebedingt. So war der Suez-Kanal, eine der weltweit wichtigsten Seehandelsrouten, im März für fast eine gesamte Woche blockiert, nachdem ein Container-Schiff auf Grund gelaufen war. Zudem kam es wegen Reisebeschränkungen, Quarantänebestimmungen und (Teil-)Schließungen in großen Handelshäfen infolge Corona im Laufe des ersten Halbjahres vielerorts immer wieder zu Verzögerungen. Beispielsweise war der drittgrößte Container-Hafen der Welt im chinesischen Ningbo-Zhoushan im August für zwei Wochen pandemiebedingt gesperrt. Die Verzögerungen in der Handelsschifffahrt lassen auch die Frachtpreise für Transporte insbesondere aus dem asiatischen Raum in den Rest der Welt deutlich anziehen (Abbildung 2). Die hohe Nachfrage nach Rohstoffen und Vorprodukten zusammen mit der zum Teil verminderten Produktion sowie den gestiegenen Transportkosten hat seit Jahresbeginn zu einer deutlichen Verteuerung von Rohstoffen und zu stark steigenden Produzentenpreisen geführt. Insgesamt dürfte das verarbeitende Gewerbe insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kurzfristig weiterhin unter der Material- und Vorproduktknappheit und den höheren Produktionskosten leiden. Da die angebotsseitigen Friktionen hauptsächlich temporärer Natur sind, dürften diese sich mit dem Auslaufen pandemiebedingter wirtschaftlicher Einschränkungen bis zum Frühjahr des kommenden Jahres allmählich auflösen. So wird die Produktion im verarbeitenden Gewerbe im kommenden Jahr wohl wieder an Fahrt gewinnen.

Britische Erholung setzt sich trotz steigender Inzidenzen fort

Nach dem pandemiebedingten Wachstumseinbruch zum Jahresbeginn legte die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs im zweiten Quartal kräftig zu. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs zuletzt um 4,8 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Im Frühsommer konnte der Impfschutz zügig ausgeweitet werden und die gesundheitspolitischen Einschränkungen des öffentlichen Lebens wurden fast gänzlich zurückgefahren, was die Nachfrage nach Dienstleistungen spürbar stimulierte und das Wachstum trug. Das Handelsvolumen lag noch deutlich unterhalb des Niveaus vom Jahr 2019 und negative Nettoexporte belasteten das Wachstum zuletzt leicht.

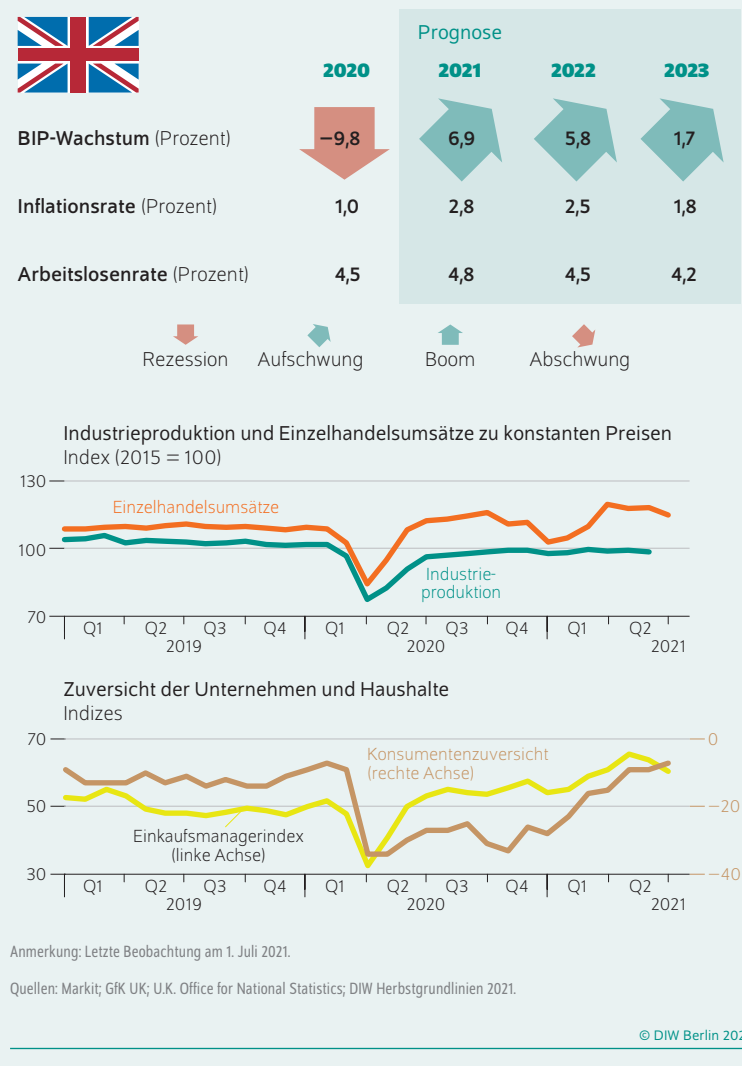
Das rasche Tempo des Wirtschaftsaufschwungs dürfte zunächst beibehalten werden. Die seit Juli deutlich gestiegenen Corona-Infektionen werden die Wirtschaftsleistung wohl weitaus weniger belasten als bei ähnlichen Infektionszahlen in der Vergangenheit. Denn durch die von der britischen Regierung zuletzt verfolgte Eindämmungsstrategie, die auf eine rein personenbezogene Quarantäne abzielt, dürfte es kaum zu wirtschaftlichen Einschränkungen kommen. Im Juli waren wöchentlich rund 1,5 Prozent und seit August rund 0,5 Prozent der britischen Bevölkerung nach Kontakten mit Infizierten oder Erkrankungen in Quarantäne. Die Verluste bei den Einzelhandelsumsätzen im Juli fielen mit einem Rückgang von 2,5 Prozent im Vormonatsvergleich um ein Drittel geringer aus als noch während des nationalen Lockdowns zum Jahresbeginn. Auch die Zuversicht der KonsumentInnen scheint bislang kaum eingetrübt durch die verhältnismäßig hohen Inzidenzen. Ähnlich entspannt blicken die UnternehmerInnen auf das Pandemiegeschehen.

In den kommenden Jahren dürfte die wirtschaftliche Erholung des Vereinigten Königreichs nur allmählich an Fahrt verlieren. Die wiedergewonnene Freizügigkeit des öffentlichen Lebens wird die Kauflaune der Haushalte wohl ins kommende Jahr hinein beflügeln. Vor allem anhaltend günstige Bedingungen für ArbeitnehmerInnen werden das verfügbare Einkommen der Haushalte – neben den weiterhin vorhandenen erhöhten Ersparnissen – wohl stärken und so den privaten Verbrauch stimulieren. Die Arbeitslosenrate ist seit Jahresanfang stark zurückgegangen und lag im Juni bei 4,7 Prozent. Die Anzahl der ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit halbierte sich im zweiten Quartal und dürfte im kommenden Jahr vollständig auslaufen. Dies wird wohl das Lohnwachstum weiter stärken. Durch den kräftigen Aufschwung und den Wegfall an Arbeitskräften infolge des Brexit dürfte das Angebot auf dem Arbeitsmarkt nur allmählich der starken Nachfrage mit zuletzt rekordhohen Stellenangeboten nachkommen.

Durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt ist mit Lohnerhöhungen und mit einem Anstieg der Konsumentenpreise zu rechnen. So dürfte die Teuerung auf vier Prozent bis zum Jahresende klettern, wird aber wohl im Zuge

Abbildung 10

UK auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



der wieder sinkenden globalen Rohstoffpreise in den kommenden Jahren nahe des Inflationsziels der britischen Zentralbank von rund zwei Prozent liegen. So dürfte die Notenbank bereits ab dem Frühjahr nächsten Jahres beginnen, die laufenden expansiven Maßnahmen graduell zurückzufahren. Trotz dynamischen Aufschwungs der Binnenwirtschaft werden sich die britischen Exporte vergleichsweise langsam erholen. So dürfte die eher schleppend laufende Industrieproduktion im In- und Ausland den britischen Außenhandel zusätzlich zu den brexitbedingten Handelshemmnissen belasten. Die Flaute in der Industrie wird sich wohl auch in einer schleppenden Investitionstätigkeit der UnternehmerInnen niederschlagen.

Alles in allem hebt das DIW Berlin die Prognose für das Wachstum des britischen Bruttoinlandsproduktes in diesem und im nächsten Jahr an. So dürfte die Wirtschaft in diesem Jahr um 6,9, im Jahr 2022 um 5,8 und 2023 um 1,7 Prozent wachsen und erreicht damit zu Beginn des kommenden Jahres das Vorkrisenniveau (Abbildung 10).

Kasten 2

Die neue geldpolitische Strategie der EZB – ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung

Im Juli dieses Jahres hat die Europäische Zentralbank (EZB) die Ergebnisse ihrer geldpolitischen Strategieüberprüfung veröffentlicht. Die Anpassung drängte sich auf, da die bisherige Ausrichtung aus dem Jahr 2003 stammte. Die neue geldpolitische Strategie trägt den Entwicklungen seit der Finanzkrise Rechnung und nimmt viele der geldpolitischen Neuerungen auf, die die EZB aufgrund der verschiedenen geldpolitischen Herausforderungen seit 2007 in der Praxis schon eingeführt hatte.¹ Ein Großteil der Neuerungen wurde erwartet und führte auch auf den Finanzmärkten nur zu wenig Reaktionen. Die beiden wichtigsten Änderungen betreffen wohl das Inflationsziel und die Thematisierung des Einflusses des Klimawandels auf die Geldpolitik.

Das bisherige Ziel, eine Inflationsrate «von nahe, aber unter zwei Prozent» anzustreben, wurde angepasst zu einem *symmetrischen* Zwei-Prozent-Ziel in der mittleren Frist. Damit wird klar festgehalten, dass ein Unter- und ein Überschießen der Teuerung gleichermaßen unerwünscht ist. Impliziert wird damit aktuell eine etwas expansivere Ausrichtung der Geldpolitik. Dies ist etwa in der gegenwärtigen Phase der wirtschaftlichen Erholung und eines kurzfristigen Inflationsdrucks wichtig. Mit der modifizierten Strategie muss die EZB nicht verfrüht auf die geldpolitische Bremse drücken. So könnten Fehler der Vergangenheit vermieden werden. Beispielsweise hatte die EZB 2011 nach dem Abflauen der Finanz- und Wirtschaftskrise kurz vor dem Beginn der Staatsschuldenkrise die Leitzinsen wieder angehoben.

Die neue geldpolitische EZB-Strategie geht in eine ähnliche Richtung wie die im August 2020 angepasste Strategie der US-Notenbank Federal Reserve (Fed). Diese verfolgt seit dem Sommer vergangenen Jahres ein *durchschnittliches* Inflationsziel von zwei Prozent, bei der eine vorübergehende Unterschreitung des Ziels durch ein moderates Überschießen kompensiert werden soll.² Die EZB wählte ein weniger deutliches Vorgehen, indem sie lediglich festhält, dass das Inflationsziel mittelfristig erreicht werden solle. Beide Zentralbanken, EZB und Fed, haben durch die geänderte Zielformulierung an Flexibilität gewonnen. So konkretisierten die Notenbanken, inwieweit sie mit temporären Abweichungen vom Inflationsziel umgehen werden, und untermauern damit ihre Glaubwürdigkeit bezüglich der Zieleinhaltung selbst bei kurzfristigem Über- oder Unterschließen der Teuerung. Wie bei der Fed bestehen aber auch bei der EZB Unklarheiten in Bezug auf die Breite des Toleranzbandes um das Zwei-Prozent-Ziel. Ein Vorteil der EZB- gegenüber der Fed-Strategie ist allerdings, dass sie weniger Interpretationspielraum lässt: So ist bei der neuen geldpolitischen

Strategie der Fed nicht klar, auf welchen Zeitraum sich etwa ein Unterschließen in der Vergangenheit bezieht und wie entschlossen dieses danach kompensiert werden soll, um das durchschnittliche Inflationsziel zu erreichen.

Ein zweiter wichtiger Bestandteil der angepassten geldpolitischen Strategie der EZB ist, dass die Bedeutung des Klimawandels für die Geldpolitik explizit Berücksichtigung findet. Die EZB erkennt in ihrer neuen Strategie an, dass der Klimawandel und der Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft die Inflation, das Wirtschaftswachstum oder die Transmission der Geldpolitik beeinflussen können. Ohnehin beeinflusst der Klimawandel oder etwa die Ausgestaltung eines CO₂-Emissionshandels direkt das Risikoprofil der Vermögenswerte in der Bilanz des Eurosystems. Die EZB-Strategie sieht allerdings dazu noch keine konkreten Anpassungen in der bisherigen Gestaltung ihrer geldpolitischen Maßnahmen vor. Ferner legte sie einen Zeitplan zur Überprüfung der derzeitigen Maßnahmen und Erarbeitung möglicher Anpassungen, wie beispielsweise die Portfolioaufstellung ihrer Anleihekäufe unter Berücksichtigung der Unternehmens- oder Projektnachhaltigkeit, vor.

Zudem erkennt die EZB an, dass bei Erreichen der angepeilten Inflationsrate, die auf dem Harmonisierten Verbraucherpreis Index (HVPI) basiert, Anpassungsbedarf bei den Wohnkosten besteht. So werden zurzeit Wohnkosten insbesondere aus selbstgenutztem Wohneigentum in Anbetracht der steigenden Immobilienpreise wohl deutlich unterschätzt. Ein experimenteller separater Preisindex für selbstgenutztes Wohneigentum, der Owner-Occupied House Price Index (OOHPI), wird bereits seit 2016 vom EU-Statistikamt Eurostat erstellt und könnte in den nächsten Jahren in den HVPI integriert werden.

Die EZB hat angekündigt, künftig ihre geldpolitische Strategie häufiger zu überprüfen. Dies wird die Möglichkeit bieten, frühzeitig Schwachpunkte der neuen Strategie zu korrigieren und auf neue Entwicklungen zu reagieren.³

¹ ECB (2021): "The ECB's monetary policy strategy statement", 8. Juli 2021: https://www.ecb.europa.eu/home/search/review/html/ecb.strategyreview_monopol_strategy_statement.en.html. Für eine Diskussion möglicher Reformoptionen im Vorfeld, siehe Franziska Bremus, Geraldine Dany-Knedlik, Thore Schlaak (2020): "Preisstabilität und Klimarisiken: Was im Rahmen der Strategierevision der Europäischen Zentralbank sinnvoll ist," DIW Wochenbericht, DIW Berlin, vol. 87(12), S. 238-245.

² Die neue geldpolitische Strategie der US-Notenbank wurde seit Ende August 2020 von verschiedenen VertreterInnen der Zentralbank näher erläutert, etwa in der Rede des Vizepräsidenten Richard H. Clarida: Richard Clarida, (2021): "The Federal Reserve's new monetary policy framework – a robust evolution", Rede beim Peterson Institute for International Economics, Washington, D.C. (via webcast), August 31, 2020: <https://www.bis.org/review/r200831b.pdf>.

³ Eine ausführliche Diskussion möglicher Herausforderungen für die Geldpolitik im Euroraum und Vorschläge für künftige Anpassungen der geldpolitischen Strategie findet sich etwa in L. Reichlin, K. Adam, W. J. McKibbin, M. McMahon, R. Reis, G. Ricco, and B. Weder di Mauro (2021), The ECB strategy: The 2021 review and its future, CEPR Press.

Mittel- und Osteuropa: mit Hindernissen zurück auf Wachstumskurs

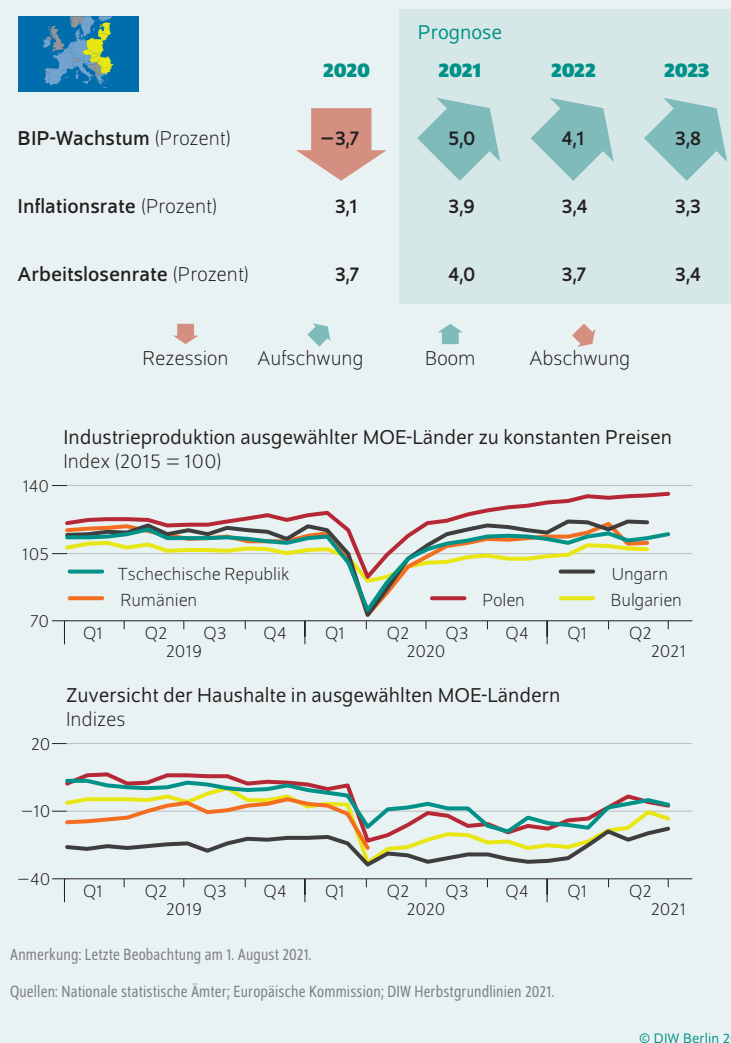
Die mittel- und südosteuropäischen Volkswirtschaften haben sich im ersten Halbjahr 2021 weiter erholt. Die Wirtschaftsleistung der Region hat zur Jahresmitte fast wieder das Niveau von vor der Corona-Pandemie erreicht. Dabei gab es allerdings regionale Unterschiede: kräftige Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts in beiden Quartalen konnten in Ungarn, Polen und Rumänien erzielt werden, während in Tschechien die Wirtschaft nur verhalten in Gang kam und sich die Erholung in Bulgarien im zweiten Quartal verlangsamte.

Mittel- und Osteuropa hatte im Frühjahr eine weitere Corona-Welle erlitten. Mit Abklingen dieser Welle und Rücknahme von Eindämmungsmaßnahmen ist die Mobilität deutlich gestiegen. Die Einzelhandelsumsätze haben zunächst zugelegt. Die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt spiegelt sich in rückläufigen Arbeitslosenquoten. Dies deutet zwar auf eine Erholung des privaten Konsums hin. Allerdings ist bei steigenden Verbraucherpreisen das Konsumentenvertrauen in Teilen der Region zuletzt wieder gesunken. Auf die gestiegene Teuerungsrate haben bislang nur die tschechische und die ungarische Zentralbank mit einer Erhöhung des Leitzinses reagiert. Auch die Zuversicht im verarbeitenden Gewerbe ist nicht eindeutig nach oben gerichtet. Der Einkaufsmanagerindex hat sich in Polen und Tschechien zuletzt verringert, bleibt aber deutlich über der Expansionsschwelle. In Polen – der größten Volkswirtschaft der Region – hat die Industrieproduktion weiter zugelegt. Gestörte Lieferketten dürften indes die Aussichten der für Tschechien und Ungarn wichtigen Automobilbranche beeinträchtigen. Für eine weitere Pandemie-Welle sind die südosteuropäischen und die mittelosteuropäischen Länder unterschiedlich gewappnet: Die Impfquote ist mit erst 17 Prozent der Bevölkerung in Bulgarien und etwas mehr als einem Viertel in Rumänien niedrig, obwohl ausreichend Impfstoff zur Verfügung steht. In beiden Ländern ist die Impfskepsis groß und das Vertrauen in das staatliche Gesundheitswesen offenbar gering. Als Reise-land büßt insbesondere Bulgarien im Vergleich zu anderen südeuropäischen Ländern an Attraktivität ein. Aufgrund der geringen Impfquote werden die südosteuropäischen Länder auf eine weitere Welle der Pandemie im Herbst wohl mit härteren und regional auch umfassenderen Eindämmungsmaßnahmen reagieren müssen als die mittelosteuropäischen Länder, in denen die Quoten für die Zweitimpfungen Anfang September immerhin zwischen 50 und 60 Prozent lagen.

Fiskalische Impulse könnten sich durch Mittelzuweisungen aus dem europäischen Wiederaufbaufonds ergeben.⁷ Derzeit sind aber Zeitpunkt und Umfang der Auszahlungen noch unklar. Um Zahlungen aus dem Fonds zu erhalten, müssen die Länder nationale Aufbau- und Resilienzpläne vorlegen. Bislang wurde von den mittel- und osteuropäischen Ländern

Abbildung 11

Mittel- und Osteuropa auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



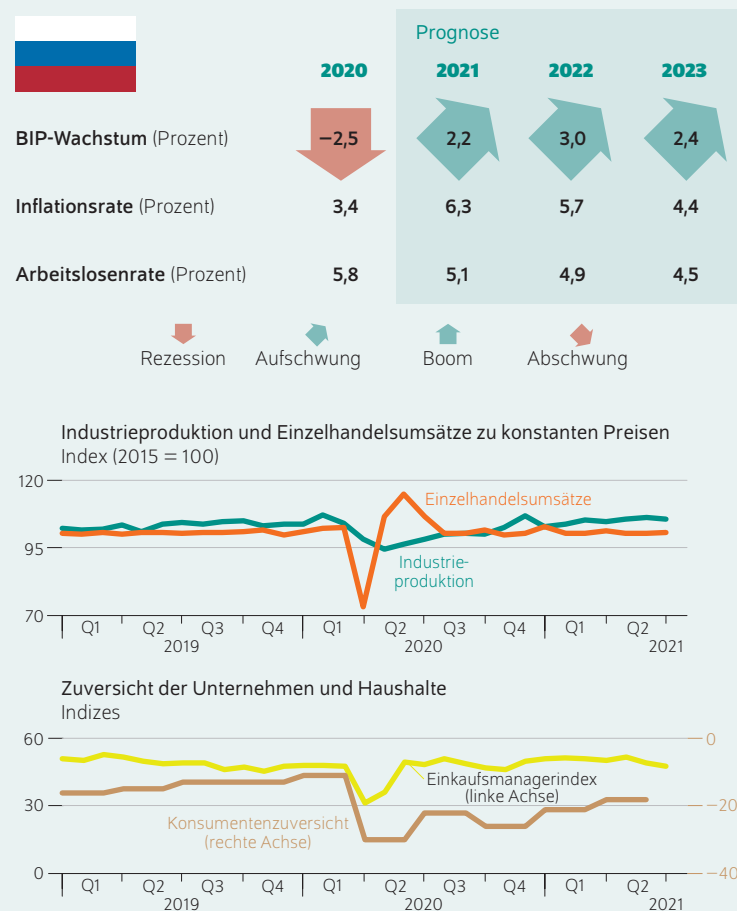
nur der von Tschechien eingereichte Plan positiv beschieden.⁸ Heikle Sonderfälle sind Polen und Ungarn: Seit Jahresbeginn musste die Europäische Union Mitgliedsländern, die gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstoßen, eigentlich (Aus)Zahlungen aus europäischen Fonds verweigern. Über die Anwendung des Rechtsstaatlchkeitsprinzips ist es zu einer Auseinandersetzung zwischen der EU-Kommission, die die Anwendung verzögert, und dem EU-Parlament, das dessen unmittelbare Umsetzung fordert, gekommen. Eine Lösung ist wohl nicht vor Herbst zu erwarten. Dabei geht es um beträchtliche Summen: Bei einer Laufzeit von sechs Jahren sind jährlich für Polen etwa 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beantragt und für Ungarn 0,8 Prozent. Das Wachstum in der Region dürfte dieses Jahr 5,0 Prozent betragen. Im Jahr 2022 werden es wohl 4,1 und ein Jahr später 3,8 Prozent sein (Abbildung 11).

⁷ Aus der „Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT)“ wurden Ende Juni bereits erste Tranchen an Polen, Tschechien und Bulgarien ausgezahlt.

⁸ Für Tschechien sind sieben Milliarden Euro vorgesehen; dies entspricht bei einer Laufzeit von sechs Jahren 0,5 Prozent des tschechischen Bruttoinlandsprodukts.

Abbildung 12

Russland auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 1. August 2021.

Quellen: Markit; Russian Federal State Statistics Service; DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Russland: Keine Aussicht auf kräftige Wachstumsschübe

In Russland hat das Bruttoinlandsprodukt zur Jahresmitte etwa das Niveau von vor der Pandemie erreicht. Russland hatte nach einem Lockdown im Frühjahr 2020 mit vergleichsweise wenig umfassenden Eindämmungsmaßnahmen auf das Infektionsgeschehen reagiert; die Wachstumseinbußen im Jahr 2020 waren daher relativ gering. Zu harten Eindämmungsmaßnahmen wird es wohl auch künftig nicht kommen, auch weil die noch niedrige Impfquote durch verpflichtende Impfungen für Teile der Bevölkerung zukünftig gesteigert wird.

Im ersten Halbjahr 2021 nahm die Industrieproduktion weiter zu; allerdings flachte der Zuwachs zur Jahresmitte ab. Der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe ist seit Juni unter die Expansionsschwelle gesunken. Hierzu beigetragen haben geringere Auftragseingänge, auch aus dem Ausland. Allerdings dürfte mit der allmählichen Erholung der Auslandsmärkte der russische Außenhandel wieder in Gang kommen. Die Russland von der OPEC-Plus zugestandene Erdölfördermenge wurde im Mai etwas erhöht. Bei auf das Vorkrisenniveau gestiegenen Ölpreisen dürften somit die russischen Erlöse aus Ölexporten zulegen und entlastend auf den öffentlichen Haushalt wirken.

Der Konsum dürfte die Wirtschaft im weiteren Verlauf stützen, sich aber nicht dynamisch entwickeln. So stagnierten zuletzt die Einzelhandelsumsätze. Die im Jahresverlauf zunehmende Konsumentenzuversicht hat sich bei gestiegenen Verbraucherpreisen nicht weiter verbessert. Auf die anziehende Teuerung hat die Zentralbank Ende Juli mit einer weiteren Erhöhung des Leitzinses reagiert.

Das Wachstum dürfte dieses Jahr 2,2 Prozent betragen und im Prognosezeitraum 3,0 und 2,4 Prozent erreichen (Abbildung 12).

Guido Baldi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Frederik Kurcz ist Doktorand in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | fkurcz@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 37/2021:

www.diw.de/diw_weekly

Deutsche Wirtschaft windet sich nur langsam aus der Pandemie

Von Marius Clemens, Simon Junker und Laura Pagenhardt

ABSTRACT

Die deutsche Wirtschaft lässt die Pandemie langsamer als erwartet hinter sich. Sie legt wohl in diesem Jahr lediglich um 2,1 Prozent zu; die Kapazitäten bleiben noch deutlich unterausgelastet. Die globalen Lieferengpässe treffen die deutsche Industrie. Dadurch ist die heimische Produktion trotz hoher Nachfrage ins Stocken geraten. Auch die Dienstleistungsbranche schwächelt mit steigenden Infektionszahlen wieder, nachdem sie im Sommer von der zwischenzeitlich beruhigten Infektionslage und dem Impffortschritt noch profitierte. Wenn sich die Lieferengpässe im kommenden Jahr auflösen, dürfte die Industrie durchstarten und die deutsche Wirtschaft ein kräftiges Plus von 4,9 Prozent verzeichnen. Die Inflation bleibt in der Grundtendenz moderat, in diesem Jahr treiben jedoch insbesondere die gestiegenen Ölpreise und die Rückkehr zur normalen Mehrwertsteuer die Rate auf 3,0 Prozent. Diese Effekte entfallen im kommenden Jahr. Dennoch wird die Inflation bei rund 2,0 Prozent etwas erhöht bleiben, da die Unternehmen die aufgrund der knappen Vorleistungen steigenden Produktionskosten teilweise weiterreichen.

Die deutsche Wirtschaft kann sich nur schwer aus dem Griff der Corona-Pandemie lösen, denn das immer wieder aufflammende Infektionsgeschehen hat insbesondere die Erholung bei den Dienstleistern wieder und wieder abgewürgt und wird es vereinzelt voraussichtlich auch in den kommenden Monaten noch tun. Die Industrie leidet derweil – trotz hoher Nachfrage – unter globalen Störungen der Lieferketten. Die wieder steigenden Inzidenzzahlen verlieren aber vor dem Hintergrund der zunehmenden Impfquote an Bedeutung: Aufgrund der fortschreitenden Immunisierung der Bevölkerung dürfte der Anteil Infizierter mit schweren Verläufen geringer ausfallen – und damit auch die Belegung von Kliniken, insbesondere der Intensivstationen. Unterstellt wird daher, dass die Politik zwar die steigende Zahl an Infizierten mit weniger rigiden Maßnahmen beantwortet als im vergangenen Winter. Dennoch wird wohl regional aufflammendes Infektionsgeschehen hier und dort zu Einschränkungen führen. Viele Menschen werden zudem im Winter wohl mit Vorsicht agieren, auch weil eine Impfung keinen vollständigen Schutz bietet und der Schutz allmählich nachlässt. Die neuerliche Corona-Welle schränkt damit die Nachfrage nach kontaktintensiven Dienstleistungen ein, aber in geringerem Ausmaß als zuvor. Für die Zeit ab Frühjahr 2022 wird unterstellt, dass die Pandemie weitreichend eingedämmt ist.

Bei den von den Corona-Maßnahmen besonders betroffenen **Dienstleistungsunternehmen** stellte sich im Frühjahr nach dem Wegfall der meisten Eindämmungsmaßnahmen noch keine nennenswerte Erholung ein; erst seit diesem Sommer – und damit später als erwartet – normalisierte sich die Geschäftstätigkeit (Abbildung 1). Die Impf- und Testaktivitäten trugen zunächst merklich zur Erholung bei, verlieren aber im Verlauf deutlich an Schwung, denn die Impfquote lässt sich nicht mehr in dem Tempo steigern und Tests werden ab Herbst weitgehend kostenpflichtig – und damit weniger attraktiv. Die Erholung vom Sommer wird wohl in den Herbst- und Wintermonaten durch neuerliche Rücksetzer gebremst – wenngleich weniger als im Lockdown-Winter 2020/21. Damit stehen die Dienstleistungsunternehmen im Winterhalbjahr erneut vor einer Bewährungsprobe, ehe sie ab dem kommenden Frühjahr ihren Betrieb wieder hochfahren (Tabelle 1).

Die Weltkonjunktur brummt¹ und entsprechend euphorisch ist die Stimmung in der exportabhängigen **Industrie**. Weltweite Lieferengpässe haben allerdings auch in deutschen Betrieben die Produktion stocken lassen. Auf kurze Sicht ist kein Ende der dafür ursächlichen Materialknappheit erkennbar. Die Auftragsbücher sind jedoch seit geraumer Zeit prall gefüllt; bis zuletzt gingen mehr und mehr Bestellungen ein, vor allem aus dem Ausland. Wenn die globalen Knappheiten nach und nach beseitigt sind – unterstellt wird, dass dies ab Winter zunehmend der Fall ist –, wird die Industrie wohl Fahrt aufnehmen und die zwischenzeitlich aufgestaute Nachfrage zügig abarbeiten (Abbildung 2).

Alles in allem dürfte die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr mit schleppendem Tempo (Abbildung 3) nur auf einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 2,1 Prozent kommen (Tabelle 2). Hierzu trägt auch die Entwicklung von Impfstoffen durch heimische Unternehmen bei:² Deren Innovationsschub fällt so gewichtig aus, dass er die Wirtschaftsleistung im Niveau ab diesem Jahr um 0,4 Prozent anhebt.³ Dies überzeichnet die ermittelte Produktionslücke in dieser Größenordnung.⁴ Dennoch wird die Unterauslastung in diesem Jahr nur wenig abgebaut (Abbildung 4). Für das kommende Jahr ist mit einem Plus beim Bruttoinlandsprodukt von 4,9 Prozent eine spürbarere Erholung zu erwarten, die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten werden dann in etwa wieder normal ausgelastet sein. Im Jahr 2023 dürfte sich der Zuwachs auf 1,5 Prozent belaufen. Dies liegt etwas über der Potenzialrate. Die Kapazitäten dürften gut, aber nicht übermäßig ausgelastet sein, denn die anhaltend kräftige Auslandsnachfrage stützt die Industriekonjunktur.

Zuletzt haben die **Exporte** jedoch merklich an Schwung verloren. In erster Linie ist dies auf Störungen im internationalen Warenverkehr zurückzuführen, die die Produktion eingeschränkt haben. Auch in den kommenden Monaten werden die Lieferengpässe die Exporte drosseln, so dass insgesamt im zweiten Halbjahr mit einer Stagnation bei den Ausfuhren zu rechnen ist. Die Nachfrage nach deutschen Produkten, gerade aus dem Ausland, bleibt derweil kräftig. Sobald das verarbeitende Gewerbe ab Spätherbst nach und nach Fahrt aufnimmt, werden die Ausfuhren ebenfalls wieder ausgeweitet. Damit kann die deutsche Exportwirtschaft

¹ Vgl. den ersten Bericht in diesem Heft: Guido Baldi et al. (2021): Weltwirtschaft nach Dämpfer im Sommer wieder auf Erholungskurs. DIW Wochenbericht Nr. 37, 600–614.

² Auf diesen Effekt, der wegen des Umsatzsprungs im Milliardenbereich gesamtwirtschaftlich bedeutsam ist, hat Sebastian Dullien hingewiesen. Seine Rechnung liegt hier zugrunde, vgl. Manager Magazin vom 10.8.2021: Ökonomschätzung: Biontech sorgt für ein Achtel des deutschen Wirtschaftswachstums (online verfügbar, abgerufen am 10. September 2021). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht). Allerdings stehen den Umsätzen offenbar auch beträchtliche Lizenzgebühren gegenüber, was den Effekt auf die jahresdurchschnittliche Rate geringfügig reduziert.

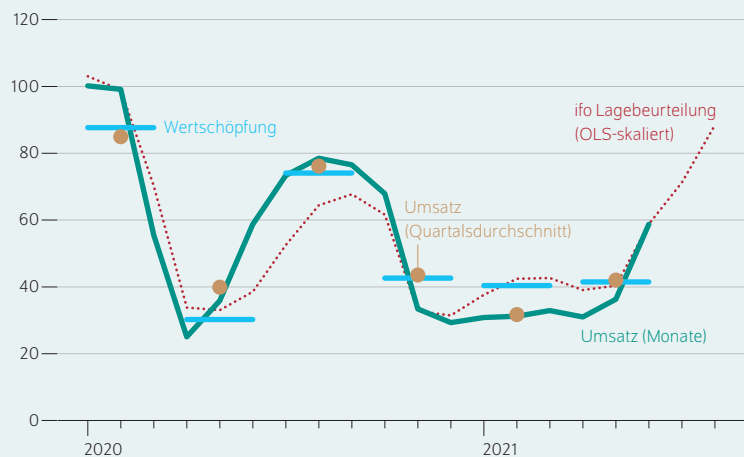
³ Die zusätzliche Wertschöpfung fällt bereits seit Jahresbeginn an. Hält die Umsatzentwicklung mit dem Impfstoff im weiteren Verlauf an, kehrt sich der Niveausprung bei der wirtschaftlichen Aktivität vorerst nicht um. Hierfür spricht, dass erstens offenbar bereits in erheblichem Umfang weitere Impfdosen bestellt sind und seitens des Unternehmens auch für das laufende Halbjahr mit einer vergleichbaren Umsatzentwicklung gerechnet wird, und zweitens, dass eine anhaltende Nachfrage nach Impfdosen im Prognosezeitraum plausibel scheint. Daher wird davon Abstand genommen, bei den prognostizierten Verlaufsraten eine (graduelle) Rücknahme dieses Effekts einzustellen.

⁴ Die hier genutzte EU-Methode zur Potenzialberechnung erfasst dies nicht als permanenten Innovationsschub und missinterpretiert die zusätzliche Wertschöpfung nahezu vollständig als positiven Beitrag zur Kapazitätsauslastung. Die Produktionslücke dürfte im Prognosezeitraum entsprechend überzeichnet sein.

Abbildung 1

Entwicklung im Gastgewerbe

Indizes, normiert (viertes Quartal 2019 = 100)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Macrobond; DIW Herbstgrundlinien 2021.

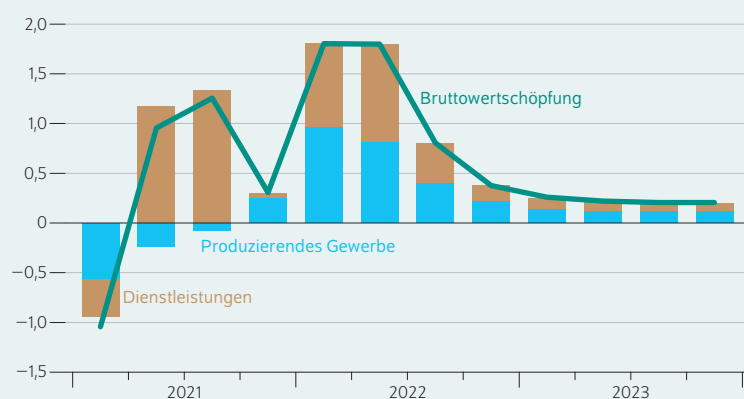
© DIW Berlin 2021

Das Gastgewerbe hat sich erst seit Juni wieder belebt.

Abbildung 2

Bruttowertschöpfung und Beiträge

In Prozent (Beiträge in Prozentpunkten)



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die Industrie trägt erst im kommenden Jahr spürbar zur Bruttowertschöpfung bei. Die Dienstleistungsunternehmen werden im Winter durch die Pandemie erneut zurückgeworfen.

wieder rasch zur boomenden Auslandsnachfrage aufschließen, vor allem in der ersten Hälfte des kommenden Jahres. Im Jahr 2023 lässt das Wachstum bei den Ausfuhren etwas nach, sie bleiben aber im Zuge des anhaltend hohen weltwirtschaftlichen Expansionstempos dynamisch. Nachholbedarf gibt es im internationalen Dienstleistungsverkehr – insbesondere die Reisetätigkeit wurde infolge der Pandemie

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	-5,2	3,2	2,8	-0,5	-0,2	4,8	1,9	0,9	0,6	0,4	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	-0,7	1,8	0,7	0,5	0,2	0,0	-0,2	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,7	0,5	0,7	1,2	1,2	1,2	0,9	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8
Bauten	-0,2	0,3	-0,3	0,2	0,8	1,1	0,9	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Ausrüstungen	-0,4	0,3	1,9	2,7	2,0	1,7	0,9	0,6	1,0	1,0	1,0	1,0
Sonstige Investitionen	-2,6	1,3	1,2	1,2	1,1	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Lagerveränderung ¹	1,9	0,1	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,1	2,4	0,7	0,1	0,3	2,8	1,1	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	-0,9	-0,6	0,6	0,2	1,5	-0,8	-0,3	-0,2	-0,2	-0,3	-0,2	-0,2
Export	1,4	0,5	-0,3	0,3	4,1	3,7	2,6	1,3	1,1	1,0	0,9	0,9
Import	4,2	2,1	-1,9	0,0	0,9	6,3	3,6	1,9	1,7	1,6	1,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	1,6	1,3	0,3	1,8	1,8	0,8	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2
Bruttowertschöpfung	-1,0	1,0	1,3	0,3	1,8	1,8	0,8	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	-0,8	-1,3	0,0	1,0	4,2	3,4	1,6	0,8	0,5	0,4	0,4	0,4
Baugewerbe	-5,2	0,1	-0,3	0,2	0,8	1,1	0,9	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-2,7	1,1	5,1	-1,4	2,0	2,6	1,3	0,5	0,3	0,3	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	0,2	1,3	1,3	1,7	2,2	2,0	0,7	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	-0,1	3,8	-0,6	1,0	0,7	0,6	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2021, Prognose ab drittem Quartal 2021.

© DIW Berlin 2021

wiederholt eingeschränkt. Jüngst hat sie sich belebt, wenn- gleich auf extrem niedrigem Niveau. Die Dienstleistungs- exporte dürften daher alles in allem zulegen, nachhaltig erholen werden sie sich jedoch erst, wenn die Pandemie ab dem kommenden Frühjahr nicht mehr die Wirtschaftsakti- vitäten belastet.

Der **Arbeitsmarkt** nimmt (erst) seit Sommer spürbar Fahrt auf. Die im Zuge der Lockdowns ab November 2020 zeit- weilig auf weit über drei Millionen hochgeschnellte Zahl an KurzarbeiterInnen hat sich seit Frühjahr halbiert (Abbil- dung 5). Die erneute Flaute bei vielen kontaktintensiven Dienstleistungen wird diesen Trend im Winter zwar unter- brechen, ab Frühjahr 2022 dürfte er sich aber fortsetzen. Während mehr und mehr Kurzarbeitende in die reguläre Beschäftigung zurückkehren, zieht allmählich auch der Beschäftigungsaufbau an. Im laufenden Quartal werden die Zuwächse kräftig ausfallen; neben den öffentlichen Dienst- leistern dürften verstärkt auch die übrigen Dienstleistungs- unternehmen eingestellt haben, etwa im Handel. Auch hier wird wohl die Pandemie im Winter erneut den Beschäfti- gungsaufbau dämpfen, ab dem kommenden Frühjahr wird aber wohl wieder verstärkt eingestellt werden.

In der Industrie ist wohl die gut zweijährige Durststrecke bei den sozialversicherungspflichtigen Jobs gestoppt: Der Abwärtstrend dort kam jüngst zum Erliegen; seit April geben die Industrieunternehmen wieder mehrheitlich an, den Per- sonalstand aufbauen zu wollen (Abbildung 6). Dies dürfte

den anhaltend kräftigen Aufbau der sozialversicherungs- pflichtigen Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft zusätz- lich befeuern (Tabelle 3). Alles in allem dürfte die Zahl der **Erwerbstätigen** nach einem mageren ersten Halbjahr im Gesamtjahr etwa auf dem Niveau vom Vorjahr verharren, im kommenden Jahr aber um fast 350 000 und im Jahr 2023 um knapp 300 000 steigen. Das Vorkrisenniveau wird Ende 2022 erreicht.

Die **Arbeitslosigkeit** wird in diesem Jahr wohl um 50 000 Personen zurückgehen. Allerdings dürfte gleichzeitig die Zahl der Erwerbspersonen deutlich schrumpfen (Abbil- dung 7). Viele Menschen haben sich im Zuge der Krise zuletzt offenbar vom Arbeitsmarkt zurückgezogen oder sie haben, zum Beispiel nach dem Schulabschluss, weder einen Arbeits- noch einen Ausbildungsplatz antreten können, hat- ten aber auch noch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Im Zuge der sich zunehmend aufhellenden Arbeitsmarkt- lage werden sich diese Menschen bald wieder verstärkt um eine berufliche Tätigkeit bemühen. Die Beschäftigung wird damit schneller aufgebaut, als sich die Zahl der Arbeitslo- sen abbaut. Sie sinkt dennoch in den kommenden beiden Jahren um jeweils gut 150 000 – die Arbeitslosenquote geht von 5,8 Prozent in diesem Jahr über 5,4 im Jahr 2022 auf 5,0 Prozent im Jahr 2023 zurück.

Die Arbeitszeit wird deutlich ausgeweitet, vor allem im kom- menden Jahr. Dies ist maßgeblich dem Abbau der Kurzarbeit geschuldet. Im Jahr 2023 dürfte sie – je ArbeitnehmerIn – etwa

Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2021; Prognose ab dem dritten Quartal 2021.

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,1	1,1	-4,6	2,1	4,9	1,5
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44 858	45 268	44 898	44 885	45 228	45 517
Erwerbslose, ILO	1468	1373	1664	1581	1486	1374
Arbeitslose, BA	2340	2267	2695	2649	2490	2320
Erwerbslosenquote, ILO ²	3,4	3,2	3,8	3,7	3,4	3,2
Arbeitslosenquote, BA ²	5,2	5,0	5,9	5,8	5,4	5,0
Verbraucherpreise ³	1,8	1,4	0,5	3,0	2,0	1,7
Lohnstückkosten ⁴	3,0	3,1	3,4	0,9	0,3	2,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	64,4	51,1	-145,2	-161,4	-77,5	-42,6
in Prozent des BIP	1,9	1,5	-4,3	-4,6	-2,1	-1,1
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,8	7,4	6,9	6,8	7,3	6,0

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

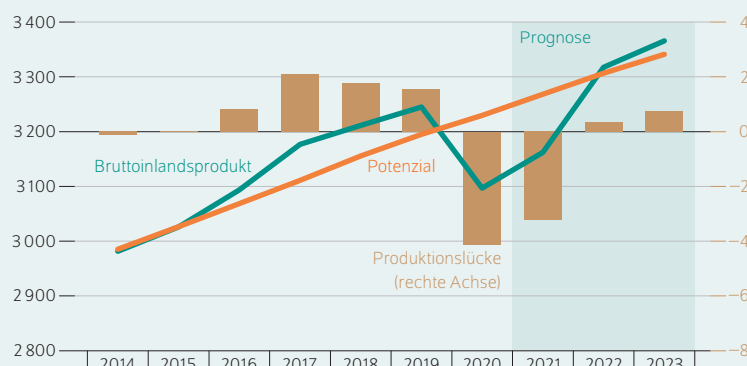
Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Herbstgrundlinien 2021. Prognose ab 2021.

© DIW Berlin 2021

Abbildung 4

Bruttoinlandsprodukt und Potenzial bzw. Produktionslücke

In Milliarden Euro bzw. in Prozent des Potenzials



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die deutsche Wirtschaft wird ab kommendem Jahr wieder normal ausgelastet sein.

so hoch ausfallen wie vor der Krise; der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften dürfte den Abwärtstrend bei der Arbeitszeit bremsen.

Die **Tarifföhne** legen in diesem Jahr – nach schwachen Abschlüssen in der Corona-Krise – wohl nur um magere anderthalb Prozent zu. Auch die Stundenlöhne steigen, nach einem Rücksetzer im zweiten Quartal, nur geringfügig stärker. Da der Beschäftigungsaufbau jedoch größtenteils von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen wird und sich zudem verstärkt in Bereichen mit vergleichsweise hohen Löhnen, wie dem verarbeitenden Gewerbe, vollzieht, dürften die Effektivlöhne im weiteren Verlauf wieder

spürbarer steigen. Hinzu kommt, dass sich das Angebot an Arbeitskräften im Zuge des demografischen Wandels zunehmend verknappt. In den kommenden beiden Jahren dürften die Zuwächse bei den Effektivverdiensten daher wieder deutlich über den tariflich vereinbarten liegen – und nach und nach in etwa wieder an die Lohndynamik der Vorkrisenjahre anknüpfen. Je Beschäftigtem gerechnet fallen die Steigerungen – wiederum wegen der sinkenden Kurzarbeit – erheblich höher aus.

Der jüngste Anstieg der **Inflation** – auf zuletzt satte 3,9 Prozent im August – hat in der Öffentlichkeit die Sorge vor einer Phase anhaltend hoher Preisanstiege geschürt. In der Tat legen die Preise derzeit auf breiter Front kräftig zu, der Großteil der aktuell hohen Rate ist aber vorübergehenden Sondereffekten geschuldet. Deswegen fällt die Inflation nach einem Ausreißer von 3,0 Prozent in diesem Jahr bereits kommenden Jahr mit 2,0 Prozent wieder deutlich niedriger aus – und sie dürfte im darauffolgenden Jahr weiter auf 1,7 Prozent zurückgehen.

Rund ein Prozentpunkt der aktuell im Bereich von vier Prozent liegenden Inflation rührt von der Rücknahme der vorübergehenden Senkung der Mehrwertsteuersätze⁵ – und dieser entfällt folglich zum Jahresbeginn 2022. Hinzu kommt mehr als ein Prozentpunkt Teuerung, weil die Energiepreise zuletzt zweistellig im Plus lagen (+12,6 Prozent). Treiber ist hier die Rückkehr des Ölpreises in einen als langfristig stabil erachteten Preiskorridor. Ausgehend von den Futures-Preisen, die die Erwartungen der Märkte spiegeln, wird unterstellt, dass dieser dort in etwa verbleibt (Kasten). Damit werden die Energiepreise im kommenden Jahr die Inflation nicht weiter treiben. Allerdings werden die vorgesehenen

⁵ Vgl. Marius Clemens et al. (2021): Mehrwertsteuersenkung hat deutsche Wirtschaft im Corona-Jahr 2020 gestützt. DIW aktuell 62 (online verfügbar).

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2019	2020	2021	2022	2023
Erwerbstätige im Inland	45,27	44,90	44,88	45,23	45,52
Selbstständige und mithelfende Familienangehörige	4,15	4,04	3,92	3,83	3,78
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33,54	33,58	33,87	34,20	34,46
BeamtenInnen, RichterInnen, Zeit- und BerufssoldatInnen	1,86	1,88	1,90	1,92	1,94
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,57	4,27	4,08	4,15	4,29
Sonstige	1,14	1,13	1,12	1,13	1,05
+/- PendlerInnen, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,14	-0,10	-0,10	-0,10	-0,10
Erwerbstätige InländerInnen	45,13	44,80	44,79	45,13	45,42
Erwerbslose	1,37	1,66	1,58	1,49	1,37
Erwerbspersonen	46,50	46,47	46,37	46,61	46,79
Nachrichtlich:					
Arbeitslose	2,27	2,70	2,65	2,49	2,32
Arbeitslosenquote BA ¹ (Prozent)	5,0	5,9	5,8	5,4	5,0
Arbeitslosenquote SGB ² (Prozent)	6,3	7,4	7,3	6,8	6,3
Erwerbslosenquote VGR ³ (Prozent)	3,0	3,6	3,4	3,2	2,9
Erwerbslosenquote ILO-Statistik (Prozent)	3,2	3,8	3,7	3,4	3,2
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	42,2	41,8	41,4	41,7	42,0

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Erhöhungen der CO₂-Preise zum Jahresbeginn (und erneut im Jahr 2023) zu einem Inflationsimpuls von zwei Zehntel Prozentpunkten führen. Ohne die vorübergehenden Einflüsse der Mehrwertsteuer und der Ölpreise läge die Teuerungsrate also aktuell nur geringfügig über zwei Prozent – der Marke, zu der die Preise als stabil angesehen werden.

Nichtsdestotrotz: Auch ohne diese Sondereffekte ist die Inflation derzeit etwas erhöht. Das wiederum reflektiert vor allem einen enormen Kostenschub auf der Produzentenstufe, der die derzeitige Knappheit bei vielen Vorleistungen widerspiegelt. Einen Teil hiervon reichen die Unternehmen an die VerbraucherInnen weiter, was etwa seit Mai die Kernrate erhöht hat. Unterstellt wird, dass sich die Engpässe auf den Weltmärkten zum Jahreswechsel auflösen und die Verbraucherpreise im kommenden Jahr nicht weiter anfahren.

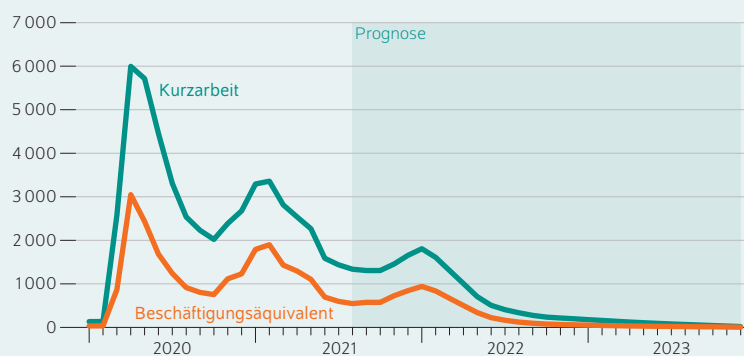
Unterm Strich fällt deswegen die Kernrate, die Teuerung ohne Nahrungsmittel- und Energiepreise, mit 2,3 Prozent in diesem Jahr hoch aus – selbst wenn berücksichtigt wird, dass im Jahresdurchschnitt etwa ein halber Prozentpunkt auf den Mehrwertsteuer-Effekt zurückgeht; in den Vorkrisenjahren lag die Kerninflation bei 1,3 Prozent. Insgesamt hätte sie sich im Trend in den kommenden beiden Jahren ohnehin bei zunehmend gut ausgelasteten Kapazitäten und spürbaren, wenngleich nicht überbordenden Lohnzuwächsen etwas beschleunigt. Bis zum Jahr 2023 dürfte sie so oder so bei rund 1,7 Prozent liegen.

Das Auf- und Ab beim **privaten Konsum** geht weiter. Im zweiten Quartal ist er zwar aus dem Lockdown-Winterschlaf erwacht, liegt aber noch auf niedrigem Niveau. Zum

Abbildung 5

Kurzarbeit und Beschäftigungsäquivalent

In tausend Personen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, DIW Herbstgrundlinien 2021; Prognose ab Juli 2021.

© DIW Berlin 2021

Die Kurzarbeit geht nach einem Rücksetzer im kommenden Winter sukzessive zurück.

Vergleich: Im Quartal vor der Corona-Krise wurden in realer Abgrenzung 35 Milliarden Euro mehr ausgegeben. Im dritten Quartal dürfte die beruhigte Infektionslage die Menschen zu mehr Konsum ermuntert haben, viele der zuvor von den Corona-Maßnahmen besonders betroffenen Dienstleistungen waren wieder stärker gefragt. Im Winterhalbjahr allerdings dürfte gerade diese Nachfrage angesichts einer vierten Corona-Welle – und damit geringfügig auch der gesamte Konsum – wieder sinken. Ab Frühjahr kommenden Jahres

Kasten

Annahmen

Dieser Prognose liegt, neben den im Text ausgeführten Annahmen zum Pandemie-Verlauf, eine Reihe weiterer Annahmen zugrunde, etwa zum Euro-Dollar-Kurs, der ab dem Stichtag 3. September als konstant angenommen wird (Tabelle 1), und zu den Ölpreisen, deren erwarteter Verlauf auf Futures-Kursen beruht. Zudem fließt eine Reihe finanzpolitischer Maßnahmen ein, deren Umsetzung im Prognosezeitraum unterstellt wird: die Abschaffung des Solidaritätszuschlags in Höhe von rund 9,2 Milliarden Euro, die Mehrausgaben für die Grundrente in Höhe von jährlich 1,8 Milliarden Euro, die steuerlichen Entlastungen für Familien sowie diverse investive Ausgaben, unter anderem für den Klimaschutz und die Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes.

Zudem werden einige Covid-19-Hilfsmaßnahmen verlängert und einige Maßnahmen des im Jahr 2020 beschlossenen Konjunkturprogramms umgesetzt (Tabelle 2). Zu ersteren zählen die wirtschaftlichen Soforthilfemaßnahmen, von denen bisher rund 51 Milliarden Euro ausgezahlt worden sind. Unter letzteren lässt sich eine Vielzahl investiver Maßnahmen zusammenfassen, die im Zukunftspaket des Konjunkturprogramms angekündigt wurden und zum Teil im deutschen Aufbau- und Resilienzplan (DARP) finanziert werden. Insgesamt wird trotz hohem Impuls im vergan-

genen Jahr auch in diesem Jahr mit weiteren finanzpolitischen Impulsen durch das Konjunkturprogramm in Höhe von zusätzlich zehn Milliarden Euro gerechnet. Die Unsicherheit bezüglich des tatsächlichen zukünftigen Abflusses von Mitteln aus dem Hilfs- und Konjunkturprogramm ist allerdings hoch. Es wird angenommen, dass die geplanten Mittel des Konjunkturprogramms von insgesamt 161 Milliarden Euro bis 2024 vollständig abgerufen werden. Über diesen Zeitraum hinweg erhöhen die staatlichen Ausgaben das Bruttoinlandsprodukt um kumuliert 177 Milliarden Euro.¹ Bezüglich der wirtschaftlichen Soforthilfemaßnahmen wird angenommen, dass in den nächsten beiden Quartalen rund fünf Milliarden Euro zusätzlich abgerufen werden, aber nichts in den Jahren 2022 und 2023

Um die negativen wirtschaftlichen Folgen der verlängerten Einschränkungsmaßnahmen zur Bekämpfung des Infektionsgeschehens abzumildern, hat die Bundesregierung zudem weitere steuerliche Hilfsmaßnahmen in Höhe von 7,5 Milliarden Euro beschlossen. Diese Maßnahmen umfassen eine Verlängerung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für die Gastronomiebranche bis zum 31. Dezember 2022, eine Erhöhung des steuerlichen Verlustrücktrags für die Jahre 2020 und 2021 sowie einen zusätzlichen Kinderbonus im Jahr 2021. Auch die Regelungen zum Kurzarbeitergeld wurden verlängert.

Neben den Rettungsmaßnahmen für die Wirtschaft wurden im Rahmen der nationalen Impf- und Teststrategien zusätzliche Mittel bereitgestellt. Diese umfassen großzügige Bestellungen von insgesamt rund 600 Millionen Impfdosen zu insgesamt rund neun Milliarden Euro. Für die nächsten Jahre wird angenommen, dass in jedem Jahr rund drei Milliarden Euro für die Impfung der BundesbürgerInnen bereitgestellt werden.

Tabelle 1

Annahmen in dieser Prognose

		2021	2022	2023
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,5	-0,5	-0,4
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,2	0,2	0,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	-0,2	-0,4	-0,3
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,19	1,18	1,18
Tarifliche Monatslöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	1,5	1,8	2,3
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	68,8	69,2	65,3
Erdölpreis	Euro/Barrel	57,7	58,6	55,3

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

¹ Vgl. zu den Modellsimulationen Marius Clemens, Simon Junker und Claus Michelsen (2020): Konjunkturelle Effekte der finanzpolitischen Maßnahmen des Konjunkturprogramms. Politikberatung kompakt 156 (online verfügbar).

wird die Pandemie die Wirtschaft annahmegemäß nicht mehr belasten und der Konsum belebt sich nachhaltig.

Die Konsumeinbrüche – zunächst im Frühjahr 2020, dann im Winter 2020/21 und nun in geringerem Maße wohl auch wieder im kommenden Winter – sind den eingeschränkten Möglichkeiten geschuldet, kontaktintensive Dienstleistungen zu nutzen. Kein Problem ist (im Durchschnitt) indes fehlendes Einkommen. Die Bruttolöhne sind zwar im vergangenen Jahr leicht gesunken, dies lag allerdings an der massiven Inanspruchnahme der Kurzarbeit. Betroffene ArbeitnehmerInnen mussten Lohn einbußen hinnehmen, die aber zu einem guten Teil durch das staatliche Kurzarbeitergeld

kompensiert wurden. Mit einer allmählichen Rückkehr in die reguläre Beschäftigung steigt auch das Arbeitseinkommen wieder. In der Summe legt es erst in den kommenden beiden Jahren wieder so deutlich zu wie in den Vorkrisenjahren, weil dann auch der Beschäftigungsaufbau schwungvoller ist.

Netto fällt der Lohnzuwachs in der Summe dieses Jahr merklich höher aus, weil der Solidaritätszuschlag zum Jahresbeginn größtenteils abgeschafft wurde. Hinzukommen verschiedene Maßnahmen im Rahmen des 2. Familienentlastungsgesetzes, wie die Erhöhung des Kindergelds oder die Anhebung des Grundfreibetrags, die die Kaufkraft der privaten Haushalte um fast sieben Milliarden Euro gesteigert

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2021	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften²			
Teilabschaffung Solidaritätszuschlag	–9,2	–1,4	0,0
Alterseinkünftegesetz	–1,3	–1,4	–1,5
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4	0,4
1. Familienentlastungsgesetz (ohne Kindergelderhöhung)	–0,8	–0,2	–0,1
2. Familienentlastungsgesetz (ohne Kindergelderhöhung)	–3,8	–4,2	–0,9
Steuerliche Förderung von F&E-Ausgaben	–2,2	0,3	–0,1
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	0,8	0,6	2,3
Steuerliche Förderung Mietwohnungsneubau	–0,1	–0,2	–0,3
CO ₂ -Bepreisung in Verkehr und Wärme	7,4	1,6	1,5
Zusätzliche Maßnahmen (Beschluss des Klimakabinetts)	–0,2	–0,5	–0,2
Fondsstandortgesetz	–0,2	–0,3	–0,1
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags GKV zum 1. Januar 2021 um 0,3 Prozentpunkte	3,2	0,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Kindergelderhöhung um 10 bzw. 15 Euro zum 1. Juli 2019 und 1. Januar 2021	–3,1	0,0	0,0
Gute-KiTa-Gesetz	–1,0	0,0	0,5
Zusätzliche EKF-Ausgaben durch Beschluss des Klimakabinetts	–2,9	–1,0	–0,5
Senkung EEG-Umlage	–5,4	0,0	0,0
Erhöhung des Wohngelds	–0,2	0,0	0,0
Starke-Familien-Gesetz/ Kinderzuschlag	–0,2	0,0	0,0
Aufstockung des BAföG, Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	–0,5	0,0	0,0
Teilhabechancengesetz	–0,1	0,0	0,1
Qualifizierungschancengesetz (Bund)	–0,1	0,0	0,0
Angehörigentlastungsgesetz	–0,1	0,0	0,0
Mehrpersonal innere Sicherheit	0,0	0,0	0,0
Zusätzliche investive Ausgaben KV 2018 ⁴	–1,9	–1,5	–0,5
Fluthilfe	–0,5	–1,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Arbeit-von-morgen Gesetz	–0,2	–0,2	0,0
Anpassung der Renten Ost	–0,4	–0,5	–0,5
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	–0,1	0,3	0,0
Pflegepersonalstärkungsgesetz	–0,3	0,0	0,0
Konzertierte Aktion Pflege	–0,4	0,0	0,0
Grundrente	–0,8	–1,0	0,0
Terminservice- und Versorgungsgesetz	–0,6	0,0	0,0
Maßnahmen des Konjunkturprogramms	–10,0	10,0	19,0
darunter: Senkung Mehrwertsteuersätze im 2. Halbjahr 2020	13,3	3,3	0,0
Stabilisierung EEG-Umlage	3,0	2,4	0,0
Überbrückungshilfen	–23,0	23,0	2,0
Zukunftspaket	–4,4	–3,2	4,1
Sonstige Maßnahmen im Zuge der Corona-Krise	–43,2	65,0	2,0
darunter: Soforthilfen	13,6	0,0	0,0
November- und Dezemberhilfen	–15,0	16,0	0,0
Härtefallfonds	–1,5	1,5	0,0
Sonstige Coronahilfen ⁵	–34,3	32,5	0,0
Subvention des Gesundheitswesens/Krankenhausfinanzierungsgesetz/EpilAge Fortgeltungsgesetz	2,0	11,0	0,0
Kauf von FFP2-Masken und Schnelltests/Impfkampagne	–10,0	5,0	2,0
Insgesamt	–77,6	64,8	21,2
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–2,2	1,7	0,6

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

2 Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr.

3 u. a. Förderung Elektromobilität, Jahressteuergesetz 2020, Investmentsteuerreformgesetz.

4 u. a. Fonds zur Förderung der künstlichen Intelligenz, Bayrisches Programm zur Förderung der Automobilindustrie, erhöhter „Umweltbonus“ für Elektroautos, Sofortprogramm „Saubere Luft“, Digitalpakt Schule, Ausbau Bahnstrecke.

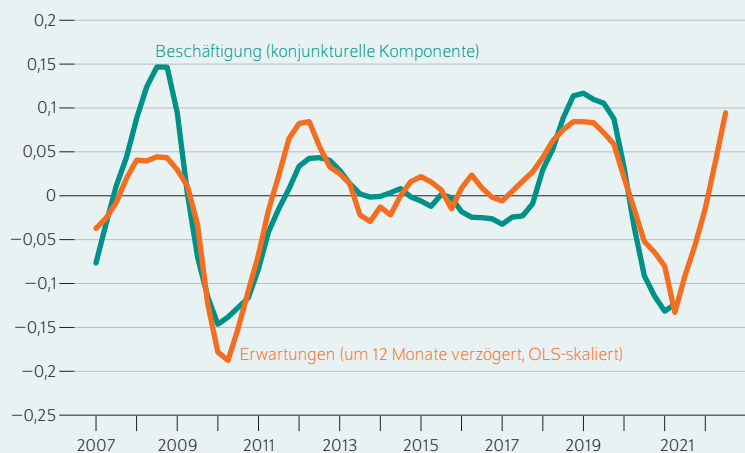
5 u. a. Hilfen für Kunst und Kultur, erleichterter Zugang zur Grundsicherung, Pflegebonus I+II, Sozialschutzpaket.

Quelle: Bundesfinanzministerium, Bundesgesundheitsministerium, Ministerium für Arbeit und Soziales, DIW Herbstgrundlinien 2021.

Abbildung 6

Beschäftigung in der Industrie

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und ifo Beschäftigungserwartungen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Macrobond; DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die Industrie plant einen Einstellungsschub.

Alles in allem sind die verfügbaren Einkommen in der Krise bemerkenswert stabil geblieben – auch wegen der staatlichen Hilfsprogramme. Immerhin konnten sie auch im vergangenen Jahr, trotz eines fast fünfprozentigen Wirtschaftseinbruchs, noch fast ein Prozent zulegen. Dieses Jahr klettern sie bereits um fast zwei Prozent in die Höhe und erreichen ab 2022 wieder die stattlichen Zuwächse der Vorkrisenjahre von gut dreieinhalb Prozent. Dem stabilen Einkommen steht ein schwankender Konsum gegenüber, der zeitweilig die Sparaufkommen erhöht. Im laufenden Quartal dürfte sich die Sparquote deutlich zurückgebildet haben, im Winter 2021/22 aber wohl angesichts der unbeständigen Aussichten für den Dienstleistungskonsum erneut etwas ansteigen. Ab Frühjahr wird sie sich rasch dem Vorkrisenniveau nähern und dort im späteren Prognoseverlauf verharren.

Insgesamt wird der private Verbrauch in diesem Jahr nominal nur wenig von dem vorangegangenen Einbruch aufholen. Real ergibt sich – auch im Zuge der höheren Teuerung – gar ein Rückgang um 1,4 Prozent. Die Belebung ab dem kommenden Frühjahr mündet, bei abklingender Teuerung, in einer jahresdurchschnittlich kräftigen Zuwachsrate für 2022 von real 6,5 Prozent und führt auch im darauffolgenden Jahr noch zu einem beträchtlichen Plus von 3,7 Prozent.

Trotz guter Stimmung bei den Investitionsgüterherstellern waren die Anschaffungen von Maschinen, Anlagen und Fahrzeugen im zweiten Quartal noch verhalten. Dabei dürfte die Materialknappheit, bedingt durch Lieferengpässe diverser Rohstoffe und Vorprodukte, sowie Logistikprobleme den Ausschlag gegeben haben. Auch im aktuellen Quartal ist hier kaum mit Erleichterungen zu rechnen: Laut einer Blitz-Umfrage des DIHK sah sich im August mehr als die Hälfte der deutschen Unternehmen, allen voran die Maschinenbau-, Kfz- und Metallindustrie, mit Engpässen in der Materialbeschaffung konfrontiert.⁶ Dem gegenüber steht eine zunehmend positive Auftragslage, vor allem bei den Maschinen- und Anlagebauern, so dass mit Nachholeffekten zu rechnen ist, wenn sich der Lieferstau auflöst. Dies dürfte zum Jahresende und verstärkt im kommenden Jahr für eine deutlich dynamischere Entwicklung der **Ausrüstungsinvestitionen** sorgen. Eine besondere Rolle kommt außerdem der öffentlichen Hand zu: Vorgezogene Ausrüstungsinvestitionen und die Stabilisierung der Gemeindefinanzen aus dem Konjunkturprogramm, investive Ausgaben aus dem Zukunftspaket und aus Maßnahmen des Koalitionsvertrag 2018 wie beispielsweise die Digitalisierung von Schulen dürften im weiteren Jahresverlauf für deutliche Investitionsimpulse von Bund, Ländern und Kommunen sorgen.

Auch in der Baubranche zeigt sich das Spannungsfeld zwischen guter konjunktureller Lage und Materialknappheit. In allen Sparten entwickelten sich die **Bauinvestitionen** im zweiten Quartal gedämpft. Die weiterhin stark steigenden Rohstoffpreise, insbesondere von Stahl und Holz, sorgten darüber hinaus für enorme Preisanstiege in der Bauwirtschaft.

⁶ DIHK-Umfrage zu Lieferengpässen und Rohstoffknappheit: Welche Branchen am stärksten betroffen sind und wie die Betriebe reagieren, August 2021 (online verfügbar).

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen

Veränderung in Prozent

	2020	2020	2021	2022	2023
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr			
Wohnungsbau	61,7	3,4	1,4	2,1	2,7
Nichtwohnungsbau	38,3	1,1	0,1	2,2	2,3
Gewerblicher Bau	26,0	-0,7	0,3	2,1	2,2
Öffentlicher Bau	12,3	4,9	-0,2	2,3	2,4
Bauinvestitionen	100,0	2,5	0,9	2,1	2,5
Ausrüstungsinvestitionen		-11,2	6,9	6,8	3,4
Ausrüstungen, privat		-13,3	8,4	6,9	3,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

haben. Aber auch in den kommenden Jahren bleibt das Plus netto spürbar. So werden im nächsten Jahr die Familien um rund vier Milliarden Euro steuerlich entlastet.

Bei den monetären Sozialleistungen flachen die Zuwächse ab, vor allem, weil mit dem Abbau der Kurzarbeit auch die damit verbundenen Transferzahlungen wegfallen. Die Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und aus Vermögen dürften auch dieses Jahr noch einmal etwas sinken. Zu Jahresbeginn sank die Wirtschaftsleistung, und die Zahl der Selbstständigen nimmt dieses Jahr noch weit überdurchschnittlich ab. Ab dem kommenden Jahr dürfte die wirtschaftliche Erholung zunehmend auch diese Einkommen beflügeln.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren¹

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote²	Staatsschulden- quote nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	2,3	-0,9	11,2	80
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	2,2	0,0	10,1	81
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	2,2	0,0	8,0	79
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	2,1	0,6	7,1	76
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	2,1	1,0	6,0	72
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	2,2	1,2	5,1	69
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	2,2	1,3	4,4	65
2018	46,2	23,8	17,0	44,3	0,9	2,3	1,9	3,9	62
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	2,4	1,5	3,3	60
2020	46,5	23,0	18,1	50,8	0,6	2,7	-4,3	2,7	69
2021	46,2	22,9	18,0	50,8	0,5	2,6	-4,6	2,4	72
2022	45,3	22,4	17,6	47,3	0,5	2,6	-2,1	2,1	69
2023	45,9	22,8	17,8	47,0	0,4	2,6	-1,1	1,9	67
2023/2021	45,8	22,7	17,8	48,4	0,5	2,6	-2,6	2,1	70

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Im aktuellen Quartal ist mit einer ähnlich dynamischen Preisentwicklung zu rechnen. Vor allem im Wohnungsbau bleibt die Nachfrage zwar hoch – der Auftragsbestand erreichte zuletzt einen neuen Höchstwert. Diese positive (nominale) Entwicklung wird jedoch durch die stark steigenden Preise überlagert; Produktionsengpässe und Materialknappheit behindern zusätzlich. Somit ist im aktuellen Quartal real mit einem leichten Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen zu rechnen. Die positive Grunddynamik bleibt dabei jedoch erhalten und wird im kommenden Jahr wohl wieder für dynamisches Wachstum sorgen (Tabelle 4).

Der gewerbliche Bau dürfte sich im weiteren Verlauf stabil entwickeln. Zwar bleibt die große Investitionsfreude angesichts der weiterhin etwas unsicheren Pandemie-Lage bis jetzt aus, bei den Baugenehmigungen für Büro- und Fabrikgebäude sowie Warenhäuser ließ sich zuletzt jedoch ein Aufwärtstrend erkennen. Der private Tiefbau verzeichnete in den vergangenen Monaten ebenfalls Auftragszuwächse. Auch im Wirtschaftsbau ist vor allem im kommenden Jahr mit mehr Dynamik zu rechnen, wenn Unternehmen mehr Planungssicherheit haben und Bauprojekte weniger Risiko bergen.

Im öffentlichen Bau wird die Dynamik derzeit noch durch die Nachwehen der Pandemie entschleunigt: Die Kommunen, die einen Großteil der öffentlichen Bauprojekte initiieren, sind nach dem Wegfall des – wegen der Pandemie eingeführten – Gewerbesteuerenausgleichs knapp bei Kasse und Aufträge bleiben aus. Darüber hinaus sorgt die anstehende Bundestagswahl dafür, dass sich auch der Bund aktuell mit Bauinvestitionen zurückhält. Auch wenn einiges vom Ausgang der Wahl abhängen wird, sind im weiteren Verlauf

wieder verstärkt Impulse der öffentlichen Hand zu erwarten – durch das Zukunftspaket und den Wiederaufbaufonds Fluthilfe stehen bereits Mittel zur Verfügung, um die angelegte positive Investitionsdynamik umzusetzen.

Die **Importe** haben bislang kräftig zugelegt und sind erst im Juli erstmals ins Straucheln geraten. Im Winterhalbjahr 2021/22 werden aber die Konsumflaute und die – zumindest bis zum Jahresende schwächelnden – Exporte sie dämpfen, da dadurch auch verfügbare Importgüter weniger nachgefragt werden. Die Engpässe im Warenverkehr, die die heimische Produktion ausbremsen, scheinen derzeit mengenmäßig wenig ins Gewicht zu fallen, immerhin waren die Importe trotz des gravierenden Mangels an diesen Produkten kaum betroffen. Denkbar ist, dass es sich bei vielen dieser Vorleistungsgüter um kleine, wenn auch zentrale Elemente handelt. Ein Extrembeispiel ist der Halbleitermangel, etwa in der Fahrzeugindustrie.

Wenn ab Frühjahr die wirtschaftliche Belebung Fahrt aufnimmt, werden die Importe wieder kräftig zulegen. Im weiteren Verlauf hinkt das heimische Produktionspotenzial zunehmend einer stabilen inländischen Nachfrage hinterher, die mehr und mehr durch Importe gedeckt wird. Dadurch werden zuvor im Ausland gebildete Vermögen aufgezehrt, der Handelsbilanzüberschuss schrumpft im Verlauf deutlich. Dazu trägt auch bei, dass nach der Pandemie die Reiselust zurückkehren dürfte und die Ausgaben im Dienstleistungsverkehr anfährt. Der Saldo der Leistungsbilanz schmilzt von 6,8 Prozent nach einem zwischenzeitlichen Anstieg im kommenden Jahr auf 7,3 Prozent auf dann 6,0 Prozent im Jahr 2023.

Tabelle 6

Wachstum des realen Produktionspotenzials

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2015–2020	2021–2026
Produktionspotenzial	1,3	1,0
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,3	–0,1
Kapitalvolumen	0,4	0,5
Totale Faktorproduktivität	0,5	0,6

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Tabelle 7

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Bruttoinves- titionen	Außenbei- trag
		private Haushalte	Staat		
in Mrd. Euro					
2016	3135	1654	624	626	231
2021	3510	1733	787	787	202
2026	4134	2154	902	959	119
Anteile am BIP					
2016	100	52,8	19,9	20,0	7,4
2021	100	49,4	22,4	22,4	5,8
2026	100	52	21,3/4	23	3
Jahresdurchschnittliche Veränderung in					
2021/2016	2,3	0,9	4,8	4,7	–
2026/2021	3 1/2	4 2/4	3	4	–

1 In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die Corona-Eindämmungsmaßnahmen haben im ersten Halbjahr zu einem gedämpften Anstieg der **Steuereinnahmen** und erheblichen Mehrausgaben geführt. Das gesamtstaatliche Defizit lag im ersten Halbjahr bei 81 Milliarden Euro. Auf das ganze Jahr gerechnet dürfte das Finanzierungssaldo bei gut 160 Milliarden Euro liegen. In den kommenden Monaten macht sich die wieder anspringende Konjunktur positiv in der Steuerkasse und bei den Sozialbeitrags-einnahmen bemerkbar. Insbesondere die Umsatzsteuereinnahmen werden wohl wieder deutlich stärker ausfallen als im vergangenen Jahr. Dies liegt zum einen daran, dass der zwischenzeitlich gesenkte Mehrwertsteuersatz wieder angehoben wurde, zum anderen daran, dass die Haushalte einen Teil des Konsums nachholen und so ihre hohen Ersparnisse abbauen. Dass sie nicht noch höher ausfallen, liegt auch an der Verlängerung der ermäßigten Mehrwertsteuer für die Gastronomie bis Ende 2022.

Alles in allem dürften die gesamtstaatlichen Einnahmen im Jahr 2021 trotz des schwachen ersten Halbjahrs um dreieinhalb Prozent steigen (Tabelle 5), in den nächsten beiden Jahren durch den wirtschaftlichen Aufholprozess sogar um 4,6

und 4,3 Prozent. Auch das Ausgaben-niveau dürfte weiterhin hoch bleiben. Die Vorleistungs- und Personalausgaben im Rahmen der nationalen Impf- und Teststrategie werden wohl den nominalen Staatskonsum im Jahr 2021 weiterhin merklich um 4,3 Prozent erhöhen. Die Soforthilfemaßnahmen, wie die Überbrückungshilfe, machten im ersten Halbjahr rund 36 Milliarden Euro aus, wobei rund 15 Milliarden Euro noch aus dem November und Dezember resultieren.

Dadurch dürften die **Subventionen** trotz des bereits hohen Niveaus im vergangenen Jahr nochmals etwas zulegen, ehe sie dann im nächsten und übernächsten Jahr um 40 beziehungsweise knapp vier Prozent absinken. Ähnliches gilt für die geleisteten Vermögenstransfers, die sich infolge des Konjunkturprogramms weiterhin recht dynamisch entwickeln dürften. Denn ein Großteil der im Zukunftspaket des Konjunkturprogramms beschlossenen Investitionszuschüsse in Höhe von rund 15 Milliarden Euro dürfte in diesem Jahr und nächstem Jahr abfließen. Grundsätzlich dürfte die Dynamik der staatlichen Bruttoinvestitionen nicht zuletzt durch die im Rahmen des Zukunftspakets beschlossenen Maßnahmen recht hoch sein.⁷ Allerdings ist auch der öffentliche Bau von den Lieferengpässen und dem Fachkräftemangel betroffen, so dass die **Investitionen** vorübergehend nur um etwa knapp zwei Prozent steigen dürften. Die Entwicklung in den nächsten Jahren hängt auch von dem Ausgang der Bundestagswahl ab: Inwieweit wird die neue Bundesregierung gewillt sein, den derzeit vorgezeichneten Modernisierungs- und Transformationspfad weiterzuverfolgen? Dazu zählt auch, eine Regelung zu finden, damit der Abbau der Corona-Schulden nicht den öffentlichen Investitionsmotor abwürgt.

Insgesamt dürften die **Ausgaben** in diesem Jahr nochmals um gut vier Prozent zunehmen und damit zu einem gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizit von rund 160 Milliarden Euro führen. Auch im nächsten und übernächsten Jahr wird wohl noch mit einem deutlichen Defizit in Höhe von knapp 78 beziehungsweise etwa 43 Milliarden Euro zu rechnen sein. Legt man die Potenzialschätzung zugrunde, dürfte die maximal zulässige Neuverschuldung nach der Schuldenbremse im Jahr bei etwa zwei Milliarden Euro liegen. Die neue Regierung dürfte damit auch vor dem zusätzlichen Zielkonflikt stehen, die Schuldenbremse einzuhalten und zu sparen oder die hohe Investitionsdynamik aufrechtzuerhalten und die Schuldenbremse ein weiteres Mal auszusetzen oder sie zu modifizieren. Dies gilt für investive Ausgaben ebenso wie für eine steuerliche Förderung von Investitionen auf der Einnahmeseite, wie beispielsweise eine Verringerung der Abschreibungsdauer von beweglichen Gütern.

Der **Bruttoschuldenstand** des Gesamtstaates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt lag im Jahr 2020 bei gut 69 Prozent. In diesem Jahr dürfte sie unter Annahme zusätzlicher Kredite und Beteiligungen von 20 Milliarden Euro auf rund 72 Prozent ansteigen und bis ins Jahr 2023 auf 67 Prozent sinken.

⁷ Vgl. auch Heike Belitz et al. (2020): Öffentliche Investitionen als Triebkraft privatwirtschaftlicher Investitionstätigkeit. DIW Politikberatung kompakt 158 (online verfügbar).

Tabelle 8

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer- Innen (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigem	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbstätigem	je Erwerbstätigen- stunde		
	in Mio.	in Mio.	in Stunden	in Mrd. Euro	in Euro	in Euro	in Mrd. Euro	2010 = 100
2016	43 661	39 320	1 396	3 094	70 856	51	3 135	101
2021	44 885	40 963	1 343	3 162	70 455	52	3 510	111
2026	44 770	41 049	1 371	3 423	76 464	56	4 134	121
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2021/2016	0,6	0,8	-0,8	0,4	-0,1	0,7	2,3	1,8
2026/2021	-0	0	1/2	12/4	13/4	1	31/2	13/4

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

In der **mittleren Frist** schwenkt die deutsche Wirtschaft auf einen gemächlicheren Kurs ein und folgt dem Zuwachs beim Produktionspotenzial, der sich, aufgrund der sinkenden Erwerbsbevölkerung, von 1,0 Prozent im Jahr 2023 von Jahr zu Jahr um ein Zehntel Prozentpunkt abschwächt (Tabelle 6). Der private Konsum dürfte weiter mit gut einem Prozent pro Jahr zulegen, der Staatsverbrauch noch etwas stärker. Die Investitionen verlangsamen sich, die Ausfuhren steigen im Gleichschritt mit der Weltkonjunktur um etwa drei Prozent pro Jahr. Die Einfuhren legen dagegen kräftiger zu, um die inländische Nachfrage zu bedienen. Der Überschuss in der Handelsbilanz schmilzt dabei merklich (Tabelle 7). Die demografische Entwicklung schlägt auf den Arbeitsmarkt durch: Die Zahl der Beschäftigten sinkt beschleunigt, selbst die Arbeitszeit geht geringfügig zurück (Tabelle 8). Die Lohnzuwächse bleiben mit rund drei Prozent spürbar, laufen aber nicht aus dem Ruder; der Anstieg der Lohnstückkosten schwächt sich im Vergleich zu den Vorkrisenjahren leicht ab. In der Summe steigen die Lohneinkommen nur mit gut zwei Prozent – netto ist es sogar etwas weniger, weil aufgrund der vor allem im sozialversicherungspflichtigen Bereich aufgebauten Beschäftigung die Progression greift. Damit legen auch die verfügbaren Einkommen nur mit Raten zwischen zweieinhalb und drei Prozent zu, wobei die monetären Sozialleistungen und auch die Einkommen aus selbstständiger

Tätigkeit und aus Vermögen weiter kräftig zulegen. Zunehmend dürfte der Konsum auch aus Ersparnissen finanziert werden, die Sparquote geht zurück.

Alle Prognosen sind während der Pandemie in erheblichem Ausmaß mit Risiken versehen, denn das Infektionsgeschehen kann sich jederzeit unvorhergesehen ändern, mit entsprechend gravierenden Auswirkungen auf die kurzfristige Wirtschaftsentwicklung. Dieser Prognose liegt zudem eine Annahme über die Störungen im internationalen Warenverkehr zu Grunde und über das Ausmaß der währenddessen aufgestauten Nachfrage. Lösen sich die Engpässe etwa später als hier unterstellt auf, dürfte die Industrieproduktion noch länger gehemmt bleiben und der Aufholprozess erst später einsetzen. Denkbar ist auch, dass bei längeren Verzögerungen in der Produktion eher Aufträge storniert werden, weil sie von ausländischen Mitbewerbern zeitnaher bedient werden können. Auch die Preise würden bei länger anhaltenden Verwerfungen in den Lieferketten vorübergehend noch kräftiger anziehen. Die aktuell boomende Auftragslage könnte sich aber auch in einem kräftigeren Produktionsschub entladen als hier unterstellt: Wenn nämlich zusätzliche Produktion erforderlich und möglich ist, um die aufgestaute Nachfrage abzuarbeiten, lässt das Aufschließen zur Auftragslage Spielraum nach oben.

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

JEL: E32, E66, F01

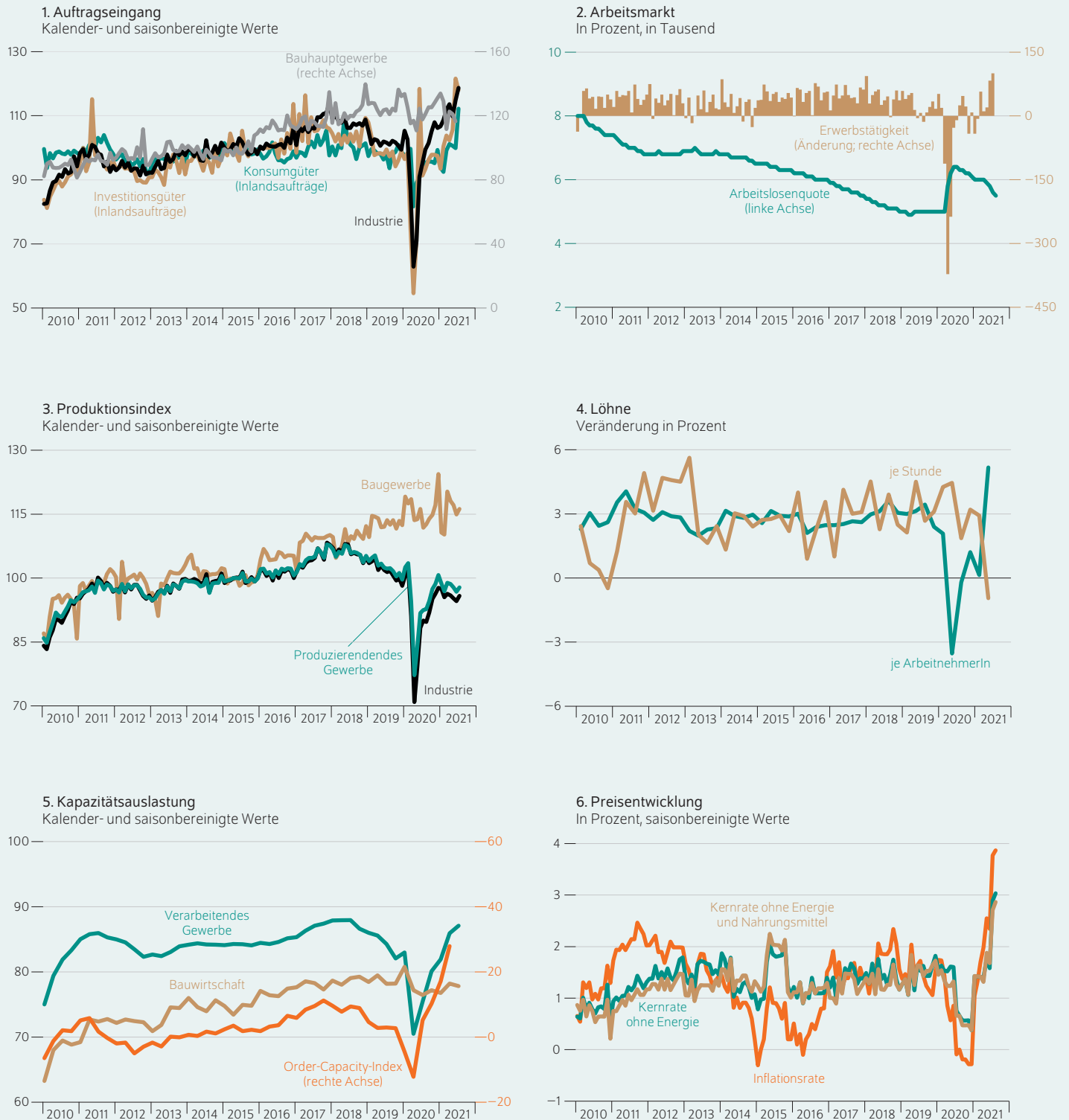
Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 37/2021:

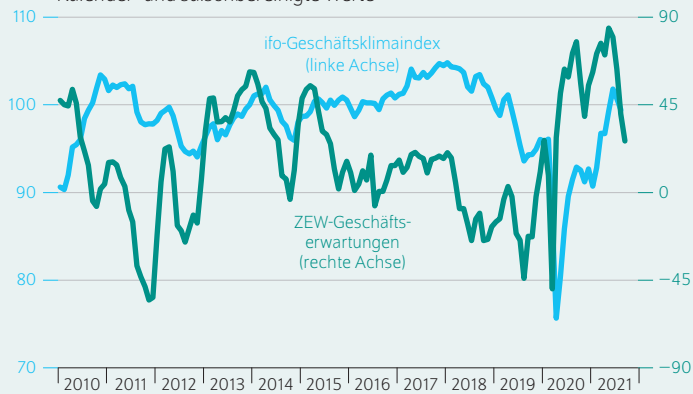
www.diw.de/diw_weekly

Abbildung 7

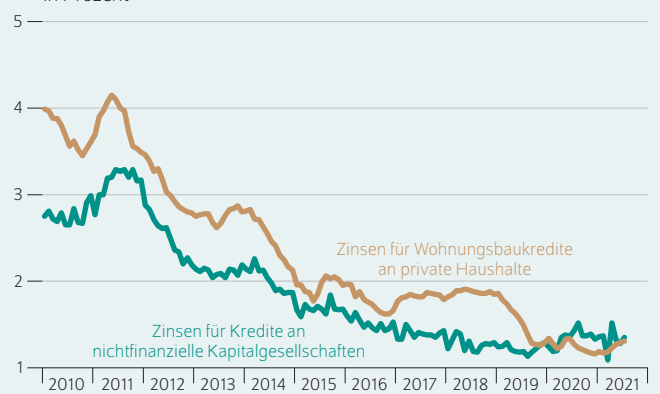
Konjunkturindikatoren für Deutschland



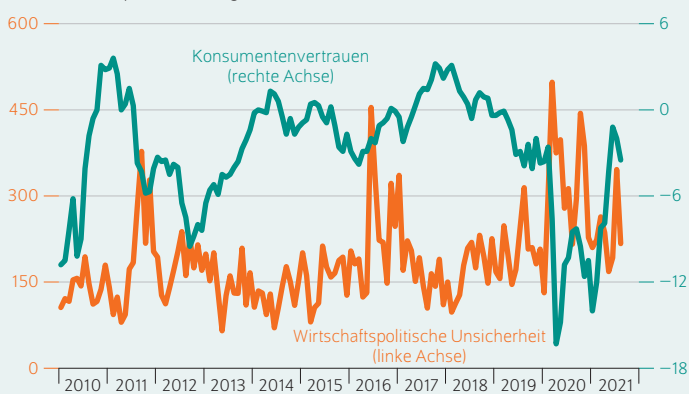
7. Unternehmensstimmung
Kalender- und saisonbereinigte Werte



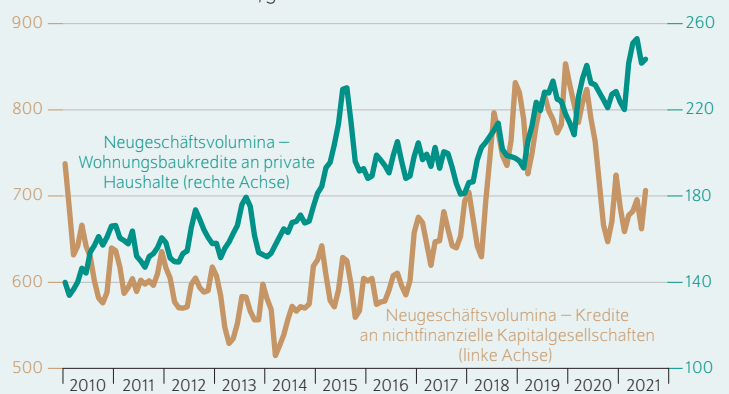
8. Zinsen
In Prozent



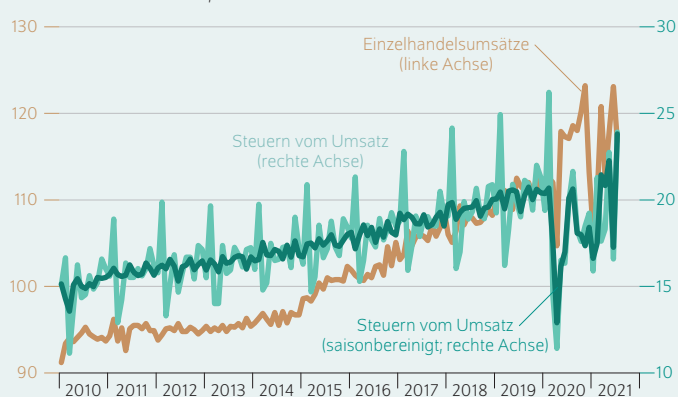
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit
Salden positiver/negativer Antworten, Newsindex



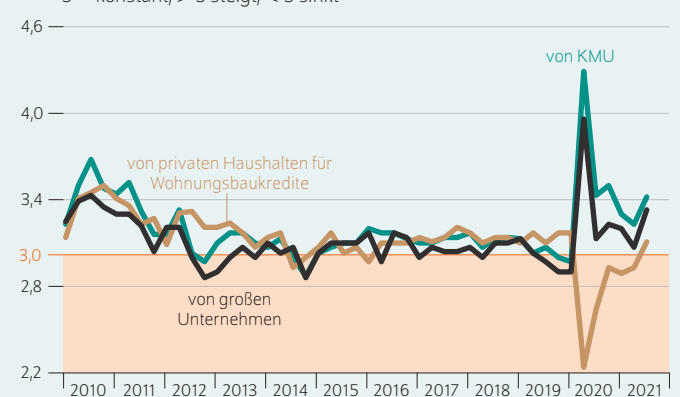
10. Kredite – Neugeschäftsvolumina
Hundert Millionen Euro, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze
Index 2010 = 100, in Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten
3 = konstant; > 3 steigt; < 3 sinkt





INTERVIEW MIT SIMON JUNKER

„Es kann nicht produziert werden, obwohl die Nachfrage da ist“

Simon Junker, stellvertretender Leiter der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin

1. **Herr Junker, auch wenn die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in den letzten Wochen vielfach gelockert wurden, ist ein Ende der Pandemie noch nicht wirklich abzusehen. Wie wirkt sich das auf die deutsche Wirtschaft aus?** Wir gehen davon aus, dass bei einem wieder aufflammenden Infektionsgeschehen in den kommenden Monaten die Dienstleister, die schon zuvor betroffen waren, wieder einen schweren Winter vor sich haben. Wir gehen aber auch davon aus, dass es nicht so hart kommen wird wie im vergangenen Winter.
2. **Wie gut ist die deutsche Wirtschaft durch das zweite Quartal gekommen?** Es hat sich zwar einerseits die erhoffte Erholung eingestellt, aber es kommt andererseits alles ein bisschen schleppender und vor allem ein bisschen später, als wir uns das erhofft hatten. Erst zum Sommerbeginn ist eine Belebung eingetreten, die den Namen verdient hat.
3. **Wie lange wird es dauern, bis die Wirtschaft wieder Vorkrisenniveau erreicht?** Das hängt natürlich vom weiteren Verlauf der Pandemie ab, aber in dem Szenario mit einem Rücksetzer im Winter wäre ein Aufholwachstum ab kommendem Frühjahr realistisch, dass uns dann gegen Jahresende 2022 wieder auf das Vorkrisenniveau zurückbringt.
4. **Wie ist die Lage beim privaten Konsum?** Der Konsum ist von den Maßnahmen bedingt, die vielerorts Konsummöglichkeiten beschneiden oder unattraktiv machen. Insofern schwankt der Konsum genauso auf und ab wie die betroffenen Dienstleistungsbranchen.
5. **Wie entwickeln sich die Verbraucherpreise und die Inflation?** Auf den ersten Blick ist die Inflation jüngst auf erschreckende Höhen geklettert; im August lagen wir bei fast vier Prozent. Viele Effekte wie die Mehrwertsteuer oder die Erholung der Ölpreise werden aber zum Jahreswechsel wegfallen. Dann wird sich zeigen, dass das ein vorübergehender Effekt ist, der die Inflation nicht nachhaltig in schwindelerregende Höhen treibt.

6. **Wie ist die Situation am deutschen Arbeitsmarkt?** Die Kurzarbeit ist nach dem Höchststand im Frühjahr dieses Jahres deutlich abgebaut worden. Aber die beste Nachricht ist, dass auch die Zahl der Erwerbstätigen jetzt zugenommen hat und das voraussichtlich auch weiterhin tun wird – vermutlich aber mit einer kleineren Unterbrechung im Winter.
7. **Wie beurteilen Sie das weltwirtschaftliche Umfeld?** Die Weltkonjunktur ist zweigeteilt. Die Entwicklungsländer haben oft nicht in dem Maße die Möglichkeit zu impfen und werden von aufflammenden Infektionswellen viel härter und häufiger zurückgeworfen. Die Industrieländer dagegen impfen sich nach und nach aus der Pandemie und können sich auch sehr großzügige Konjunkturpakete leisten.
8. **Was bedeutet das für die deutsche Exportwirtschaft?** Grundsätzlich brummt die Weltkonjunktur, insbesondere durch die Erholung, aber auch angetrieben durch die Konjunkturpakete. Die Auftragsbücher der deutschen Industrieunternehmen sind prall gefüllt, allerdings kann aktuell nicht alles abgearbeitet werden. Es gibt Unwuchten im weltweiten Angebots- und Nachfragegefüge, was auch durch die Pandemie verursacht ist. Viele Förderländer können nicht ausreichend Rohstoffe fördern, zum Beispiel aufgrund von Shutdowns. Chinesische Häfen sind teilweise unter Lockdown gestellt, und die globalen Schifffahrtswege verstopft. Zudem haben die VerbraucherInnen ihren Konsum von Dienstleistungen, die sie wegen Corona nicht konsumieren konnten, vielfach auf Konsumgüter umgestellt. Das führt dazu, dass wegen der hohen Nachfrage viele Vorleistungsgüter in der Industrie nicht ausreichend ankommen. Davon ist der Industriestandort Deutschland besonders getroffen. Es kann nicht produziert werden, obwohl die Nachfrage da ist.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2021

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 188,4	2 161,7	372,1	654,6	–
4	– Abschreibungen	687,9	401,6	85,1	201,2	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 500,5	1 760,1	287,1	453,4	– 202,0
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 906,4	1 373,1	292,3	241,0	16,0
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	27,4	17,4	0,7	9,3	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	63,1	42,3	0,1	20,7	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	629,8	411,9	– 5,8	223,7	– 218,0
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 910,5	–	–	1 910,5	11,9
11	– Geleistete Subventionen	78,2	–	78,2	–	4,7
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	361,4	–	361,4	–	7,3
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	564,4	527,4	18,9	18,2	182,4
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	660,4	345,5	15,0	299,8	86,5
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 919,4	230,1	273,5	2 415,9	– 299,5
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	430,3	90,0	–	340,4	11,6
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	441,4	–	441,4	–	0,5
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	771,9	–	–	771,9	3,5
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	772,6	141,3	630,4	0,9	2,9
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	688,1	71,9	615,3	0,9	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	680,3	–	–	680,3	8,4
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	375,3	198,9	88,3	88,1	55,1
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	317,2	180,1	26,3	110,8	113,1
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 865,2	190,6	668,0	2 006,6	– 245,3
25	– Konsumausgaben	2 520,4	–	787,0	1 733,5	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,9	–	60,9	–
27	= Sparen	344,8	129,7	– 119,0	334,0	– 245,3
28	– Geleistete Vermögenstransfers	87,7	19,8	52,8	15,1	4,0
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	75,3	33,2	16,5	25,6	16,4
30	– Bruttoinvestitionen	787,3	451,9	92,5	242,9	–
31	+ Abschreibungen	687,9	401,6	85,1	201,2	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	1,3	1,8	– 1,3	0,8	– 1,3
33	= Finanzierungssaldo	231,7	90,9	– 161,4	302,1	– 231,7
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 865,2	190,6	668,0	2 006,6	– 245,3
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	503,0	–	503,0	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	503,0	–	–	503,0	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 865,2	190,6	165,0	2 509,6	– 245,3
38	– Konsum ³	2 520,4	–	284,0	2 236,4	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,9	–	60,9	–
40	= Sparen	344,8	129,7	– 119,0	334,0	– 245,3

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2022

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 394,4	2 320,0	382,1	692,3	–
4	– Abschreibungen	720,9	422,2	88,4	210,3	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 673,5	1 897,7	293,7	482,0	– 233,3
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 009,6	1 457,6	299,1	252,9	16,8
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	27,6	17,6	0,7	9,3	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	34,4	13,6	0,1	20,7	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	670,6	436,1	– 5,9	240,4	– 250,2
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 013,7	–	–	2 013,7	12,8
11	– Geleistete Subventionen	45,9	–	45,9	–	4,7
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	388,1	–	388,1	–	7,3
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	579,5	542,7	17,8	19,0	193,2
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	681,8	371,7	17,2	292,9	90,9
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 128,9	265,0	335,8	2 528,1	– 337,2
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	440,0	90,9	–	349,1	12,0
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	451,5	–	451,5	–	0,5
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	807,1	–	–	807,1	3,5
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	807,8	146,6	660,2	0,9	2,9
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	694,7	73,1	620,7	0,9	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	686,8	–	–	686,8	8,6
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	375,6	199,5	86,5	89,6	56,6
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	314,9	181,6	27,7	105,7	117,3
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 072,3	229,7	768,0	2 074,6	– 280,7
25	– Konsumausgaben	2 684,6	–	804,9	1 879,7	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,0	–	62,0	–
27	= Sparen	387,7	167,7	– 37,0	257,0	– 280,7
28	– Geleistete Vermögenstransfers	84,8	19,9	49,5	15,4	4,2
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	72,1	27,3	17,1	27,7	16,9
30	– Bruttoinvestitionen	827,9	467,0	97,8	263,1	–
31	+ Abschreibungen	720,9	422,2	88,4	210,3	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	1,3	1,8	– 1,3	0,8	– 1,3
33	= Finanzierungssaldo	266,6	128,6	– 77,5	215,6	– 266,6
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 072,3	229,7	768,0	2 074,6	– 280,7
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	523,3	–	523,3	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	523,3	–	–	523,3	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 072,3	229,7	244,6	2 598,0	– 280,7
38	– Konsum ³	2 684,6	–	281,6	2 403,0	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,0	–	62,0	–
40	= Sparen	387,7	167,7	– 37,0	257,0	– 280,7

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2023

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 482,6	2 371,3	395,1	716,3	–
4	– Abschreibungen	748,9	438,3	91,8	218,9	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 733,7	1 933,0	303,3	497,4	– 189,2
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 094,4	1 522,1	308,8	263,5	17,6
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	27,9	17,9	0,7	9,3	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	34,4	13,6	0,1	20,7	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	645,8	406,6	– 6,0	245,3	– 206,7
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 098,4	–	–	2 098,4	13,5
11	– Geleistete Subventionen	44,0	–	44,0	–	4,7
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	406,3	–	406,3	–	7,3
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	608,7	572,3	17,1	19,3	200,0
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	714,1	385,1	17,0	312,0	94,5
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 212,0	219,4	356,2	2 636,4	– 296,2
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	461,8	97,3	–	364,4	12,4
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	473,6	–	473,6	–	0,5
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	839,4	–	–	839,4	3,5
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	840,0	151,7	687,4	0,9	2,9
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	716,7	74,4	641,4	0,9	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	708,5	–	–	708,5	8,8
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	379,1	200,1	87,8	91,2	57,9
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	315,3	183,1	28,3	104,0	121,7
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 152,5	182,3	816,3	2 153,9	– 236,7
25	– Konsumausgaben	2 795,9	–	817,8	1 978,2	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 63,1	–	63,1	–
27	= Sparen	356,6	119,2	– 1,4	238,8	– 236,7
28	– Geleistete Vermögenstransfers	85,9	19,9	50,2	15,8	4,3
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	72,8	25,4	17,6	29,9	17,4
30	– Bruttoinvestitionen	868,8	489,3	101,7	277,8	–
31	+ Abschreibungen	748,9	438,3	91,8	218,9	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	1,3	1,8	– 1,3	0,8	– 1,3
33	= Finanzierungssaldo	222,3	71,7	– 42,6	193,2	– 222,3
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 152,5	182,3	816,3	2 153,9	– 236,7
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	527,2	–	527,2	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	527,2	–	–	527,2	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 152,5	182,3	289,1	2 681,1	– 236,7
38	– Konsum ³	2 795,9	–	290,5	2 505,4	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 63,1	–	63,1	–
40	= Sparen	356,6	119,2	– 1,4	238,8	– 236,7

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2023

	2021	2022	2023	2021		2022		2023	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,0	0,8	0,6	−0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,4
Arbeitszeit, arbeitstäglich	1,4	1,9	1,6	1,8	0,9	1,6	2,2	1,7	1,5
Arbeitstage	0,1	−0,1	−0,8	0,0	0,2	0,8	−1,0	0,0	−1,6
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,4	2,5	1,4	0,9	1,8	3,2	1,9	2,6	0,3
Produktivität¹	0,7	2,3	0,0	1,9	−0,4	2,1	2,5	−0,1	0,2
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,1	4,9	1,5	2,9	1,4	5,4	4,4	2,4	0,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 520,4	2 684,6	2 795,9	1 212,2	1 308,2	1 294,5	1 390,2	1 369,9	1 426,1
Private Haushalte²	1 733,5	1 879,7	1 978,2	829,4	904,1	900,9	978,8	969,6	1 008,6
Staat	787,0	804,9	817,8	382,9	404,1	393,6	411,4	400,3	417,5
Anlageinvestitionen	788,0	847,0	888,4	371,0	417,0	404,7	442,3	427,1	461,3
Ausrüstungen	235,4	254,2	264,9	109,6	125,8	120,3	134,0	126,1	138,8
Bauten	410,9	443,0	466,9	194,6	216,2	213,6	229,4	226,9	240,0
Sonstige Anlageinvestitionen	141,7	149,7	156,6	66,8	74,9	70,9	78,9	74,1	82,5
Vorratsveränderung³	−0,7	−19,1	−19,5	13,1	−13,8	−6,7	−12,5	−10,1	−9,5
Inländische Verwendung	3 307,8	3 512,5	3 664,8	1 596,4	1 711,4	1 692,5	1 820,0	1 786,9	1 877,9
Außenbeitrag	202,0	233,3	189,2	110,1	92,0	136,7	96,6	114,4	74,7
Exporte	1 648,3	1 848,5	1 966,9	806,3	842,0	900,9	947,6	978,1	988,9
Importe	1 446,3	1 615,2	1 777,7	696,2	750,1	764,2	851,0	863,6	914,1
Bruttoinlandsprodukt	3 509,8	3 745,8	3 853,9	1 706,4	1 803,4	1 829,2	1 916,6	1 901,3	1 952,6
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,4	6,5	4,1	1,6	3,1	6,8	6,3	5,8	2,6
Private Haushalte²	1,5	8,4	5,2	−0,1	3,0	8,6	8,3	7,6	3,0
Staat	4,3	2,3	1,6	5,5	3,1	2,8	1,8	1,7	1,5
Anlageinvestitionen	7,1	7,5	4,9	5,6	8,4	9,1	6,1	5,5	4,3
Ausrüstungen	8,5	8,0	4,2	11,6	6,0	9,7	6,5	4,8	3,6
Bauten	8,1	7,8	5,4	4,0	12,1	9,7	6,1	6,2	4,6
Sonstige Anlageinvestitionen	2,0	5,7	4,6	1,3	2,6	6,1	5,3	4,6	4,6
Inländische Verwendung	4,2	6,2	4,3	2,9	5,4	6,0	6,3	5,6	3,2
Exporte	12,7	12,1	6,4	14,3	11,3	11,7	12,5	8,6	4,4
Importe	13,9	11,7	10,1	11,8	16,0	9,8	13,5	13,0	7,4
Bruttoinlandsprodukt	4,2	6,7	2,9	4,4	4,0	7,2	6,3	3,9	1,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 291,8	2 403,2	2 469,0	1 111,3	1 180,5	1 167,9	1 235,3	1 217,0	1 252,0
Private Haushalte²	1 592,2	1 695,3	1 757,7	767,6	824,6	816,6	878,7	865,7	892,0
Staat	697,5	706,6	710,5	342,5	355,0	350,4	356,1	350,9	359,6
Anlageinvestitionen	682,0	708,5	729,0	326,3	355,8	340,0	368,5	351,9	377,1
Ausrüstungen	222,2	237,2	245,2	103,6	118,5	112,2	125,0	116,6	128,6
Bauten	327,5	334,5	343,0	159,6	167,9	162,4	172,1	167,8	175,2
Sonstige Anlageinvestitionen	131,4	136,9	141,1	62,2	69,1	65,1	71,8	67,1	74,0
Inländische Verwendung	2 983,0	3 106,7	3 193,5	1 453,1	1 529,9	1 509,6	1 597,1	1 568,1	1 625,4
Exporte	1 541,6	1 676,4	1 764,8	769,1	772,4	819,6	856,7	880,5	884,4
Importe	1 364,8	1 467,7	1 596,1	674,9	689,9	697,4	770,3	778,3	817,9
Bruttoinlandsprodukt	3 162,3	3 317,5	3 365,8	1 548,4	1 613,9	1 632,0	1 685,6	1 671,5	1 694,2
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	−0,1	4,9	2,7	−0,4	0,2	5,1	4,6	4,2	1,4
Private Haushalte²	−1,4	6,5	3,7	−2,0	−0,9	6,4	6,6	6,0	1,5
Staat	2,8	1,3	0,6	3,1	2,5	2,3	0,3	0,1	1,0
Anlageinvestitionen	2,6	3,9	2,9	3,1	2,2	4,2	3,6	3,5	2,3
Ausrüstungen	6,9	6,8	3,4	10,0	4,3	8,3	5,4	3,9	2,9
Bauten	0,9	2,1	2,5	0,5	1,3	1,7	2,5	3,3	1,8
Sonstige Anlageinvestitionen	0,8	4,2	3,1	0,2	1,4	4,6	3,8	3,1	3,1
Inländische Verwendung	1,4	4,1	2,8	0,9	1,9	3,9	4,4	3,9	1,8
Exporte	7,7	8,7	5,3	11,5	4,2	6,6	10,9	7,4	3,2
Importe	6,8	7,5	8,8	7,6	6,0	3,3	11,6	11,6	6,2
Bruttoinlandsprodukt	2,1	4,9	1,5	2,9	1,4	5,4	4,4	2,4	0,5

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2023

	2021	2022	2023	2021		2022		2023	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	3,0	1,8	1,5	1,9	4,0	2,1	1,6	1,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,4	1,0	1,0	2,4	0,6	0,5	1,5	1,6	0,5
Anlageinvestitionen	4,3	3,5	1,9	2,4	6,0	4,7	2,4	1,9	1,9
Ausrüstungen	1,6	1,2	0,8	1,5	1,6	1,4	1,0	0,8	0,7
Bauten	7,1	5,6	2,8	3,5	10,6	7,9	3,5	2,8	2,8
Exporte	4,7	3,1	1,1	2,6	6,8	4,8	1,5	1,1	1,1
Importe	6,7	3,9	1,2	3,9	9,5	6,2	1,6	1,3	1,2
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,7	1,4	1,5	2,6	1,7	1,8	1,5	1,4
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 415,9	2 528,1	2 636,4	1 183,9	1 232,0	1 232,1	1 296,0	1 298,7	1 337,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	349,3	368,7	383,6	169,2	180,1	181,4	187,2	188,8	194,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 561,2	1 645,0	1 714,9	737,2	824,1	779,4	865,6	822,3	892,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	505,4	514,4	538,0	277,5	227,9	271,2	243,2	287,7	250,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	503,5	600,8	575,6	225,5	278,0	284,5	316,3	277,9	297,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 919,4	3 128,9	3 212,0	1 409,4	1 510,0	1 516,6	1 612,3	1 576,6	1 635,4
Abschreibungen	687,9	720,9	748,9	339,1	348,8	357,6	363,3	371,7	377,3
Bruttonationaleinkommen	3 607,3	3 849,8	3 960,9	1 748,5	1 858,8	1 874,2	1 975,5	1 948,3	2 012,6
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 636,2	2 786,6	2 849,7	1 279,9	1 356,4	1 344,4	1 442,3	1 394,1	1 455,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	725,7	773,0	751,3	373,5	352,2	383,5	389,4	383,1	368,2
Arbeitnehmerentgelt	1 910,5	2 013,7	2 098,4	906,4	1 004,2	960,9	1 052,8	1 011,1	1 087,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1,5	4,6	4,3	0,4	2,7	4,1	5,2	5,4	3,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,3	5,6	4,0	2,9	3,8	7,2	4,0	4,0	4,0
Bruttolöhne und -gehälter	3,1	5,4	4,2	2,1	4,0	5,7	5,0	5,5	3,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	-4,1	1,8	4,6	-5,2	-2,9	-2,3	6,7	6,1	2,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	18,9	19,3	-4,2	36,0	7,9	26,2	13,8	-2,3	-5,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,2	7,2	2,7	4,8	3,6	7,6	6,8	4,0	1,4
Abschreibungen	4,5	4,8	3,9	2,9	6,0	5,5	4,1	3,9	3,9
Bruttonationaleinkommen	4,2	6,7	2,9	4,4	4,0	7,2	6,3	4,0	1,9
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	4,3	5,7	2,3	6,1	2,6	5,0	6,3	3,7	0,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,3	6,5	-2,8	17,0	-1,3	2,7	10,6	-0,1	-5,5
Arbeitnehmerentgelt	3,2	5,4	4,2	2,2	4,0	6,0	4,8	5,2	3,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 596,7	1 657,6	1 714,9	766,9	829,7	794,0	863,6	828,6	886,2
Nettolöhne- und -gehälter	1 062,0	1 121,3	1 161,8	495,0	566,9	526,4	594,9	555,0	606,8
Monetäre Sozialleistungen	680,3	686,8	708,5	343,2	337,1	341,2	345,5	349,7	358,8
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	145,6	150,4	155,5	71,3	74,3	73,6	76,8	76,1	79,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	505,4	514,4	538,0	277,5	227,9	271,2	243,2	287,7	250,3
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-95,4	-97,4	-99,0	-48,2	-47,2	-49,3	-48,1	-50,3	-48,6
Verfügbares Einkommen	2 006,6	2 074,6	2 153,9	996,2	1 010,4	1 016,0	1 058,7	1 066,0	1 087,9
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,9	62,0	63,1	29,5	31,3	30,1	31,9	30,6	32,5
Konsumausgaben	1 733,5	1 879,7	1 978,2	829,4	904,1	900,9	978,8	969,6	1 008,6
Sparen	334,0	257,0	238,8	196,4	137,6	145,2	111,8	127,0	111,9
Sparquote in Prozent ⁷	16,2	12,0	10,8	19,1	13,2	13,9	10,3	11,6	10,0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,7	3,8	3,5	4,1	3,3	3,5	4,1	4,4	2,6
Nettolöhne- und -gehälter	4,0	5,6	3,6	2,9	5,0	6,3	4,9	5,4	2,0
Monetäre Sozialleistungen	3,2	1,0	3,2	5,7	0,8	-0,6	2,5	2,5	3,8
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,8	3,3	3,3	3,2	4,4	3,3	3,4	3,3	3,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	-4,1	1,8	4,6	-5,2	-2,9	-2,3	6,7	6,1	2,9
Verfügbares Einkommen	1,6	3,4	3,8	1,3	1,8	2,0	4,8	4,9	2,8
Konsumausgaben	1,5	8,4	5,2	-0,1	3,0	8,6	8,3	7,6	3,0
Sparen	2,1	-23,1	-7,0	8,1	-5,4	-26,1	-18,8	-12,5	0,1

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2023

	2021	2022	2023	2021		2022		2023	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	802,8	839,7	879,9	407,1	395,7	421,9	417,7	442,1	437,7
direkte Steuern	441,4	451,5	473,6	223,6	217,8	225,5	226,0	236,4	237,2
indirekte Steuern	361,4	388,1	406,3	183,5	177,9	196,4	191,7	205,8	200,5
Nettosozialbeiträge	630,4	660,2	687,4	305,4	325,0	320,7	339,5	333,9	353,6
Vermögenseinkommen	15,0	17,2	17,0	7,4	7,5	9,8	7,4	9,7	7,3
Laufende Übertragungen	26,3	27,7	28,3	11,5	14,8	12,5	15,1	12,8	15,5
Vermögenstransfers	16,5	17,1	17,6	7,5	9,0	7,8	9,3	8,0	9,5
Verkäufe	129,9	133,7	137,7	59,3	70,7	61,0	72,8	62,7	74,9
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1621,1	1695,7	1767,9	798,3	822,8	833,7	862,0	869,3	898,6
Ausgaben									
Vorleistungen	213,5	211,9	213,1	103,6	109,9	102,9	109,0	104,1	109,0
Arbeitnehmerentgelte	292,3	299,1	308,8	140,7	151,6	143,7	155,4	148,2	160,5
Soziale Sachleistungen	331,3	344,7	347,2	158,2	173,1	166,7	178,0	167,7	179,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	18,9	17,8	17,1	10,3	8,5	9,7	8,1	9,2	7,9
Subventionen	78,2	45,9	44,0	54,0	24,2	24,2	21,7	23,3	20,7
Monetäre Sozialleistungen	615,3	620,7	641,4	310,9	304,4	308,4	312,3	316,3	325,1
Sonstige laufende Transfers	88,3	86,5	87,8	43,2	45,0	42,6	43,9	43,0	44,8
Bruttoinvestitionen	92,5	97,8	101,7	39,3	53,2	41,5	56,4	43,0	58,6
Vermögenstransfers	52,8	49,5	50,2	19,3	33,6	22,5	27,0	22,8	27,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−1,3	−1,3	−1,3	−0,6	−0,7	−0,6	−0,7	−0,6	−0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,7	0,7	0,7	0,3	0,4	0,3	0,4	0,3	0,4
Insgesamt	1782,5	1773,2	1810,6	879,2	903,3	861,7	911,5	877,4	933,2
Finanzierungssaldo	−161,4	−77,5	−42,6	−80,9	−80,5	−28,0	−49,5	−8,0	−34,6
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,8	4,6	4,8	4,3	3,3	3,6	5,6	4,8	4,8
direkte Steuern	3,2	2,3	4,9	4,5	1,9	0,9	3,8	4,8	5,0
indirekte Steuern	4,5	7,4	4,7	4,0	5,0	7,0	7,8	4,8	4,6
Nettosozialbeiträge	3,7	4,7	4,1	3,4	4,0	5,0	4,5	4,1	4,1
Vermögenseinkommen	−24,2	14,8	−1,2	−37,9	−3,0	31,8	−1,9	−1,0	−1,4
LaufendeÜbertragungen	8,5	5,2	2,2	2,0	14,1	9,0	2,2	2,3	2,2
Vermögenstransfers	6,6	3,3	2,8	5,7	7,3	3,5	3,2	3,5	2,2
Verkäufe	3,2	2,9	2,9	1,9	4,4	2,9	3,0	2,9	3,0
Sonstige Subventionen	−0,8	0,0	0,0	−2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,5	4,6	4,3	3,1	3,8	4,4	4,8	4,3	4,3
Ausgaben									
Vorleistungen	1,8	−0,8	0,6	6,6	−2,4	−0,6	−0,9	1,1	0,0
Arbeitnehmerentgelte	2,9	2,3	3,2	3,2	2,6	2,1	2,5	3,2	3,3
Soziale Sachleistungen	6,8	4,0	0,7	5,9	7,6	5,4	2,9	0,6	0,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	−9,9	−5,8	−3,8	−10,7	−9,0	−6,4	−5,0	−4,4	−3,0
Subventionen	9,8	−41,3	−4,2	44,4	−28,5	−55,2	−10,4	−3,8	−4,6
Monetäre Sozialleistungen	3,4	0,9	3,3	6,2	0,7	−0,8	2,6	2,6	4,1
Sonstige laufende Transfers ⁹	5,8	−1,8	1,3	3,3	2,4	−0,7	−1,1	0,4	0,9
Bruttoinvestitionen	1,7	5,7	3,9	−2,7	5,3	5,4	6,0	3,8	4,0
Vermögenstransfers ⁹	4,9	−3,3	0,7	1,4	3,4	3,2	−6,6	0,3	0,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	−0,1	0,0	0,0	−0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,1	−0,5	2,1	6,9	1,5	−2,0	0,9	1,8	2,4

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

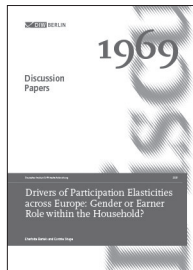
8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW Frühjahrsgrundlinien 2021.

Discussion Papers Nr. 1969

2021 | Charlotte Bartels, Cortnie Shupe



Drivers of Participation Elasticities across Europe: Gender or Earner Role within the Household?

We compute participation tax rates across the EU and find that work disincentives inherent in tax-benefit systems largely depend on household composition and the individual's earner role within the household. We then estimate participation elasticities using an IV group estimator that enables us to investigate the responsiveness of individuals to work incentives. We contribute to the literature on heterogeneous elasticities by providing estimates for breadwinners and secondary earners separately, according to their potential earnings rather than gender. Our results show an average participation elasticity

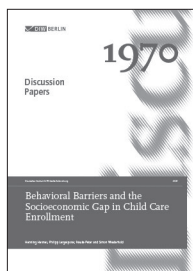
of 0.0-0.1 among breadwinners and 0.1-0.4 among secondary earners in the EU as well as a high degree of heterogeneity across countries.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1970

2021 | Henning Hermes, Philipp Lergetporer, Frauke Peter, Simon Wiederhold



Behavioral Barriers and the Socioeconomic Gap in Child Care Enrollment

Children with lower socioeconomic status (SES) tend to benefit more from early child care, but are substantially less likely to be enrolled. We study whether reducing behavioral barriers in the application process increases enrollment in child care for lower-SES children. In our RCT in Germany with highly subsidized child care ($n > 600$), treated families receive application information and personal assistance for applications. For lower-SES families, the treatment increases child care application rates by 21 pp and enrollment rates by 16 pp. Higher-SES families are not affected by the treatment. Thus, alleviating behavioral

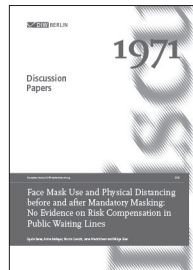
barriers closes half of the SES gap in early child care enrollment.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1971

2021 | Gyula Seres, Anna Balleyer, Nicola Cerutti, Jana Friedrichsen, Müge Sürer



Face Mask Use and Physical Distancing before and after Mandatory Masking: No Evidence on Risk Compensation in Public Waiting Lines

During the COVID-19 pandemic, the introduction of mandatory face mask usage triggered a heated debate. A major point of debate is whether community use of masks creates a false sense of security that would diminish physical distancing, counteracting any potential direct benefit from masking. We conducted a randomized field experiment in Berlin, Germany, to investigate how masks affect distancing and whether the mask effect interacts

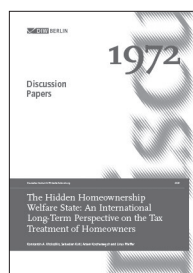
with the introduction of an indoor mask mandate. Joining waiting lines in front of stores, we measured distances kept from the experimenter in two treatment conditions { the experimenter wore a mask in one and no face covering in the other } in two time spans { before and after mask use becoming mandatory in stores. We find no evidence that mandatory masking has a negative effect on distance kept toward a masked person. To the contrary, masks significantly increase distancing and the effect does not differ between the two periods. However, we show that after the mandate, distances are shorter in locations where more non-essential stores, which were closed before the mandate, had reopened. We argue that the relaxations in general restrictions that coincided with the mask mandate led individuals to reduce other precautions, like keeping a safe distance.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1972

2021 | Konstantin A. Kholodilin, Sebastian Kohl, Artem Korzhenevych, Linus Pfeiffer



The Hidden Homeownership Welfare State: An International Long-Term Perspective on the Tax Treatment of Homeowners

Welfare is traditionally understood through social security decommodifying labor markets or social investment policies. In the domain of housing, however, welfare for homeowners is largely hidden in the tax codes' fiscal exemptions. Based on a content analysis of legislation, this paper introduces a novel yearly database of 37 countries between 1910 and 2020 to uncover the "hidden welfare state" of taxes on imputed rent, deductibility of mortgage payments, housing capital gains tax and VAT on newly built dwellings. Summary indices of homeownership attractiveness and neutrality of the tax code show that fiscal home-

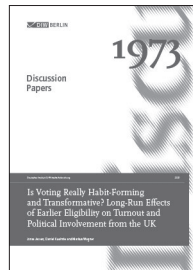
ownership policies have been in decline until the 1980s and risen ever since. They are in place where finance is liberally and labor restrictively regulated. Contrary to the classical welfare state, they are not associated with an economic logic of industrialism or left-wing governments, but a rent-regulation alternative of Common-Law jurisdictions and smaller countries. As welfare for property owners, the logic of fiscal homeownership welfare diverges from the classical welfare for the laboring classes.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1973

2021 | Jonas Jessen, Daniel Kuehnle, Markus Wagner



Is Voting Really Habit-Forming and Transformative? Long-Run Effects of Earlier Eligibility on Turnout and Political Involvement from the UK

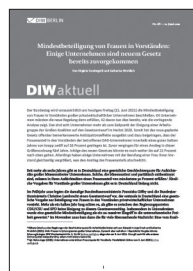
Habit formation theory and the transformative voting hypothesis both imply that voting has downstream consequences for turnout and political involvement. Although several studies have applied causal research designs to study this question, the long-run evidence is extremely limited, especially for potentially transformative effects. We jointly examine the short- and long-term impact of earlier voting eligibility on subsequent turnout and political involvement using rich panel data from the UK. Exploiting the eligibility cut-off for national elections within a regression discontinuity design, our precise estimates document a short-run increase in voting—for those able to vote earlier—alongside a contemporaneous increase in several measures of political involvement. However, we show that these short-term effects fade away quickly and do not translate into permanent changes in turnout propensity or political involvement. Our results imply that, in a setting with low institutional barriers to vote, the transformative effects of voting are short-lived at most.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



DIW aktuell Nr. 65

2021 | Virginia Sondergeld, Katharina Wrohlich



Mindestbeteiligung von Frauen in Vorständen: Einige Unternehmen sind neuem Gesetz bereits zuvorgekommen

11. Juni 2021 – Der Bundestag wird voraussichtlich am heutigen Freitag (11. Juni 2021) die Mindestbeteiligung von Frauen in Vorständen großer privatwirtschaftlicher Unternehmen beschließen. 64 Unternehmen müssten die neue Regelung dann erfüllen, 42 davon tun dies bereits, wie die vorliegende Analyse zeigt. Das sind acht Unternehmen mehr als zum Zeitpunkt der Einigung einer Arbeitsgruppe der Großen Koalition auf den Gesetzentwurf im Herbst 2020. Somit hat das neue geplante Gesetz offenbar bemerkenswerte Antizipationseffekte ausgelöst und dazu beigetragen, dass der Frauenanteil in

den Vorständen der betroffenen DAX-Unternehmen innerhalb eines guten halben Jahres von knapp zwölf auf 16 Prozent gestiegen ist. Zuvor vergingen für einen Anstieg in dieser Größenordnung fünf Jahre. Infolge des neuen Gesetzes könnte es noch weiter bis auf 21 Prozent nach oben gehen. Allerdings haben einige Unternehmen mit der Berufung einer Frau ihren Vorstand gleichzeitig vergrößert, was den Anstieg des Frauenanteils abschwächt.

www.diw.de/de/diw_01.c.620241.de/publikationen/diw_aktuell.html





STEFAN BACH UND SEBASTIAN EICHFELDER

Steuerprivilegien für Immobilien machen deutsches Steuersystem ungerecht und ineffizient

Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung der Autoren wieder.

Die steigende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen befeuert im Wahlkampf die Debatten zur Verteilung der Steuerbelastungen. Wie die OECD regelmäßig zeigt, ist Deutschland im internationalen Vergleich „Weltmeister“ bei der Belastung von Arbeitseinkommen mit Steuern und Abgaben, aber bei der Besteuerung von Vermögen eher ein Niedrigsteuerland. Vermögenszuwächse und Spekulationsgewinne sind hierzulande steuerlich stark privilegiert oder werden gar nicht besteuert.

Wie die Ungleichheit bekämpft werden soll, ist umstritten. Während Union und FDP vor allem auf Bildungspolitik und Wirtschaftswachstum setzen und in ihren Wahlprogrammen insbesondere Unternehmen und vermögende Privatinvestoren weiter steuerlich entlasten wollen, fordern SPD, Grüne und Linke höhere Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer und die Wiedereinführung einer Vermögensteuer.

Sträflich vernachlässigt werden in der Debatte Steuerreformoptionen, bei denen sich Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit miteinander verbinden lassen. Dies betrifft insbesondere die zahlreichen Privilegien bei der Immobilienbesteuerung. Von diesen Privilegien profitieren fast ausschließlich vermögende Bevölkerungsschichten. Zugleich kommt es durch diese Steuerprivilegien zu Fehlanreizen und Verzerrungen des Immobilienmarktes. Anders als international üblich werden Spekulationsgewinne aus Immobilien in Deutschland nur dann besteuert, wenn die Immobilien nach weniger als zehn Jahren veräußert werden. Bei selbstgenutzten Immobilien verkürzt sich diese Frist effektiv auf drei Jahre. Dies hat besonders fragwürdige Wirkungen bei vermieteten Immobilien, die in Deutschland fast ausschließlich von den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung gehalten werden.

Während die InvestorInnen ihre Anschaffungs- und Erhaltungskosten über Abschreibungen und Werbungskosten steuerlich geltend machen können, sind spätere Veräußerungsgewinne regelmäßig steuerfrei. Dies führt in Verbindung mit den derzeit niedrigen Fremdkapitalzinsen und den Wertsteigerungen bei Immobilien zu hohen und weitgehend steuerfreien Renditen. Dies liegt vor allem an den Abschreibungen (immerhin 2,0 bis 2,5

Prozent der auf den Gebäudeanteil entfallenden Investition pro Jahr) und am steuerfreien Veräußerungsgewinn. Und bei hohen Immobilienpreisen – etwa einem Verhältnis von Kaufpreis zur Nettokaltmiete über 30, wie heute in Ballungsräumen durchaus üblich – kann sich sogar eine negative Steuerbelastung ergeben, weil die steuerlichen Abschreibungen die Nettokaltmieten überschreiten. Die durchaus rentable Investition generiert dann steuerliche Verluste. Die spätere Wertsteigerung ist ja steuerfrei.

Bei den richtig Reichen geht noch deutlich mehr, wenn Immobilien in eine GmbH eingelegt werden, und noch mehr, wenn die Objekt-GmbH wiederum von einer Holding-GmbH gehalten wird. Dann fallen auch bei einer Veräußerung der Objekt-GmbH unabhängig von der Haltedauer nur 1,5 Prozent Steuerbelastung auf den Veräußerungsgewinn an. Dies hat zusätzlich den Charme, dass man bei einer Veräußerung von weniger als 90 Prozent der Anteile auch die komplette Grunderwerbsteuer sparen kann. Die Grundsteuer liegt in Deutschland nur bei einem Bruchteil der Belastungen vieler westlicher Länder. Und bei der Erbschaftsteuer können weiterhin Immobilienbestände von mindestens 300 Wohneinheiten als Betriebsvermögen steuerfrei übertragen werden.

Das deutsche Steuerrecht privilegiert also Investitionen in Immobilien massiv. Hochvermögende investieren entsprechend in Immobilienbesitz, was die Vermögenskonzentration verschärft und die Ressourcenallokation verzerrt. Unter den steuerlichen Spekulationsfristen leidet die Liquidität des Immobilienmarkts, da Spekulationsobjekte vom Markt ferngehalten werden. Durch Beseitigung dieser Steuerprivilegien würden jährlich bis zu 27 Milliarden Euro Mehreinnahmen entstehen. Damit könnten Steuern und Sozialbeiträge der Mittelschichten gesenkt oder Zukunftsinvestitionen finanziert werden. Dies würde die Gerechtigkeit und Effizienz des Steuersystems deutlich verbessern.

Koautor: Sebastian Eichfelder, Professor für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Der Beitrag ist in einer längeren Fassung am 13.9.2021 in der Süddeutschen Zeitung erschienen.